

# Volksmacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Auffahrt“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

**Bezugspreis:** Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expediton: Gutzstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volksmacht“, Neue Graupenstr. 5 und Neue Zöllnerstr. 11, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. — Bezugspreis im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. — 8 Pf. Trägerlohn — 0,50 Rmt. monatlich 1,75 Rmt. — 35 Pf. Trägerlohn — 2,10 Rmt. Durch die Post einjährl. Zustellungsgebühren 2,40 Rmt.

## Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738  
Postfach-Konto: Postfach-Nr. Breslau Nr. 5852.  
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau  
Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

**Anzeigenpreis:** Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 10 Pf. ansonsten 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Vereins-, Vereinstammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das erste Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expediton Gutzstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

# Wann wird geräumt?

## Rheinlandverhandlungen in Genf

Berlin, 22. August. (Eigener Bericht.) Am Sonnabend wird Reichsaußenminister Dr. Stresemann nach Paris abreisen, um an dem feierlichen Akt der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes zur Beendigung des Krieges teilzunehmen. In Frankreich hatte man eine Zeitlang befürchtet, daß schon bei dieser Gelegenheit der deutsche Außenminister die Rede offiziell auf die Räumung der Rheinlande bringen werde. Aber man hat inzwischen die Grundlosigkeit dieser Sorge wohl eingeschaut, denn die Angelegenheit ist zu wichtig und zu kompliziert, als daß sie sich bei einem der geplanten Festessen zwischen Käte und Bine erledigen oder auch nur anschnelden ließe. Vielleicht wird Herr Stresemann die Möglichkeit haben, in einer privaten Unterhaltung mit Herrn Poincaré das Thema zu berühren. Aber die eigentliche große Auseinandersetzung wird, wie es die vor wenigen Wochen hinausgegangene deutsche Note angekündigt hat, in Genf während der Tagung des Völkerbundes stattfinden. Dort wird Deutschland versuchen, das Problem in seiner Gesamtheit aufzurollen und festzustellen, ob auf der Gegenseite irgendwelche Geneigtheit besteht, den deutschen Wünschen zu entsprechen, und welche Gegenforderungen sie etwa erheben würde.

In einem Londoner Blatt wurde dieser Tage bereits eine Liste der Gegenleistungen aufgestellt, die man angehtlich nun erwartet. Es wurde da gesprochen von der permanenten internationalen Kontrolle im Rheinland, der Mobilisierung eines erheblichen Teiles des Dawesfonds, einem Dis-Locarno zwischen Deutschland und Polen, einem erneuten Verzicht auf den Anschluß und der Einlösung der von der deutschen Regierung an Belgien ausstehenden Forderungen. Es ist anzunehmen, daß es sich bei diesen Formulierungen um Mutmaßungen gehandelt hat. Aber leider muß damit gerechnet werden, daß man, wenn einstweilen nicht auf allen, so doch auf einigen dieser Ansprüche besteht. Zunächst werden uns Frankreich, England und Belgien wahrscheinlich nach den deutschen Vorschlägen fragen, und wenn die deutschen Vertreter, wie das zu erwarten ist, mit den bekannten, nach unserer Meinung nicht haltbaren Gründen die bedingungslose Räumung begehren, so wird voraussichtlich die Gegenseite ihre Bedingungen aufzählen.

Wie wir wissen, gibt es insbesondere in Frankreich — wenn wir von den Sozialisten absehen — zwei Auffassungen oder wenn man will, zwei Schulen. Die eine verknüpft die Räumung mit der Gewährung besonderer militärischer Sicherheiten, die andere mit der finanziellen Leistungen und bringt die Rheinlandsfrage mit der der Reparationszahlungen und mit der der internationalisierten Schulden in Zusammenhang.

Was die Sicherheit anlangt, so ist Deutschland nicht in der Lage, irgend etwas zu geben oder in Aussicht zu stellen, was über den Rahmen des Versailler Vertrages oder die Beschlüsse des Völkerbundes hinausgeht. Wir erinnern des halb noch einmal an das vom Völkerbundsrat im Dezember 1926 beschlossene Resolument über die internationale Rüstungskontrolle. Danach soll die Kontrolle keine dauernde sein. Sie darf nur von Fall zu Fall vorgenommen werden, und soll vom Rat mit Unterstützung derändigen beratenden Rüstungskommission beschlossen und durch sogenannte Untersuchungskommissionen durchgeführt werden, die die Aufgabe haben, den Tatbestand festzustellen. Die Militärkontrolle soll sich auf die in Artikel 42 und den folgenden des Versailler Vertrages vorgesehene Entmilitarisierung der Rheinlande beziehen. In diesen Artikeln heißt es schließlich, daß sämtliche im Paragraphe 213 des Friedensvertrages nicht vorgesehene Kontrollorgane nur durch ein besonderes Abkommen zwischen den beteiligten Regierungen ins Leben gerufen werden können. Ein derartiges besonderes Abkommen zu schließen, hat Deutschland eine Betanlassung, namentlich nicht ein solches, dessen Wirkung sich über das Jahr 1935, d. h. über den für die endgültige Räumung festgesetzten Termin hinaus erstrecken würde.

Erst neuerdings wieder hat unser belgischer Parteifreund Vandervelde mit Recht hervorgehoben, daß die Rheinlande in Wirklichkeit kein Pfand mehr für die Besatzungsmächte darstellen. In Locarno sind andere geschaffen worden, und es ist ein Widerspruch, wenn trotzdem die Unwesenheit fremder Truppen auf deutschem Gebiete noch immer mit der Rücksicht auf die Sicherheit Frankreichs und Belgiens begründet wird, oder wenn man als Preis für ihre Zurückziehung eine Zugeständnisse auf dem Gebiet der Kontrolle fordert.

Wie steht es schließlich mit den finanziellen Voraussetzungen? Die Auffassung gewisser französischer Politiker läßt sich auf die Formel bringen: Vorweggenommene Zahlungen — vorweggenommene Räumung. Aber unsere Zahlungen sind durch den Dawesplan bestimmt. Der Dawesplan läßt sich nicht durch ein Abkommen zwischen Deutschland und den Besatzungsmächten abändern. Hier hat es gewichtige Wort Amerika zu sprechen, und wenn auf die Möglichkeit einer Mobilisierung der Dawesfonds hingewiesen wird, so existiert diese Möglichkeit nur, wenn Amerika bereit und imstande ist, den größten Teil der fünfzig zu machenden Millionen auf seinem Anleihemarkt unterzubringen. Diese Geneigtheit besteht zurzeit nicht; außerdem erkennen die Vereinigten Staaten einen Zusammenhang zwischen der Räumung und Reparation nicht an und noch viel weniger einen solchen zwischen der Räumung und der Regelung der internationalisierten Schulden.

Auch hier sehen wir also einstweilen keinen Ausweg, und wenn wir hinzuzüügen, daß Deutschland einfach nicht in der Lage ist, ein Dis-Locarno und den feierlichen Verzicht auf einen Anschluß Österreichs als Preis für die

Befreiung der Rheinlande zu bezahlen, so ergibt sich, daß die Aussichten der Genfer Verhandlungen fürs erste nicht allzu günstig sind. Sie werden sich nicht bessern, solange man drüben nicht zu der Erkenntnis gelangt, daß hier nicht ein Geschäft mit Leistungen und Gegenleistungen abzuschließen ist, sondern daß der Verzicht auf die Fortdauer der Besatzung eines der wichtigsten Erfordernisse für die Schaffung eines wirklichen Friedens in Europa darstellt.

Trotz allem möchten wir nicht an eine vollständige Ergebnislosigkeit der Genfer Verhandlungen glauben. Es wird viel von einer Bereitwilligkeit der Gegenseite gesprochen, wenigstens die zweite Forderung zu einem früheren als dem vertragsmäßig festgesetzten Zeitpunkt zu verlangen. Das wäre natürlich nur eine bescheidene Abschlagszahlung, und wir können auch sie nur entgegennehmen, wenn sie an keinerlei irgendwie geartete Bedingungen geknüpft wäre. Sie wäre keine Tat. Sie wäre nur eine schöne Geste. Sie wäre immerhin ein kleiner Beweis dafür, daß man sich drüben von der Notwendigkeit überzeugt hat, einem republikanischen Deutschland, das sich an Beweisen seines Friedenswillens von keinem anderen Staat überzweifen läßt, wenigstens ein gewisses Entgegenkommen zu zeigen. Das größte Hindernis aber für die europäische Verständigung bliebe nach wie vor bestehen.

### Stresemann reißt auch nach Genf

Berlin, 23. August. (Eigener Funktbericht.) Der Reichsaußenminister hat am Mittwoch gegenüber dem Reichskabinett erklärt, daß er sowohl nach Paris, wie nach Genf zu reisen beabsichtigt. Die Fahrt soll jedoch in Etappen vor sich gehen. Die Gerüchte, daß Stresemann nur nach Paris und nicht nach Genf reisen wird, erdrücken daher vorläufig nicht den Tatsachen. Wichtig ist dagegen, daß Stresemann im Verlauf des heutigen Tages von mehreren Spezialisten nochmals eingehend untersucht wird.

A. Kr. Die vorstehenden Ausführungen dürften die Auffassung der Leiter der deutschen Außenpolitik über das Problem der Rheinlandsräumung wiedergeben. Die Sozialdemokratie kann unseres Erachtens dieser Auffassung zwar in vielen Punkten zustimmen, in manchen anderen Punkten wird die Sozialdemokratie aber doch etwas anderer Meinung sein. Das ist auch nur natürlich, denn die Uebereinstimmung in der Auffassung der gegenwärtigen außenpolitischen Lage Deutschlands zwischen der Sozialdemokratie und den Kreisen um Stresemann ist nur zufällig. Sie

## Die Bergarbeiter gegen den preußischen Handelsminister

Protest gegen das Verlegen des Staatskredits an die Zechen Deimelsberg und Zentrum

Essen, 22. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Ablehnung des Staatskredits für die Zechen Deimelsberg und Zentrum IV/VI hat im Deutschen Bergarbeiterverband und im Christlichen Gewerksverein Bestehen und Erregung hervorgerufen. Die beiden genannten Verbände können die Stellungnahme des preußischen Handelsministers nicht gutheißen und verweisen u. a. darauf, daß die vom preußischen Handelsministerium zu Rate gezogene Deutsche Kredit- und Treuhänder-Ges. durch eingehende Überprüfung die Kreditwürdigkeit festgestellt und die Rentabilitätsfrage bejaht habe. Auch sei die Abnahmefähigkeit für die Kohlenproduktion gegeben, da die Zechen Deimelsberg und Zentrum IV/VI trotz der in der letzten Zeit für fast alle Zechen schwierig gewordenen Abnahmeverhältnisse ihre Förderung bis zu 14 Prozent über dem Verkaufsbuchschnitt der übrigen Ruhrzechen glatt absetzen. Beachtung verdienen auch der vom Obergutachter Bergbauprivatmann Cleff berechnete Leistungseffekt von 1,4 Tonnen pro Mann und Schicht, der eine Leistung darstelle, die nicht auf vielen Zechen im Ruhrrevier erreicht werde. Wenn der Obergutachter hinsichtlich der Rentabilität usw. einen ablehnenden Standpunkt einnehme, so sei das darauf zurückzuführen, daß er in der Selbstkostenberechnung Summen eingesetzt hat, die weit über den wirklichen Selbstkosten liegen. Die gegenwärtigen Selbstkosten dürften sich auch durch die Schaffung einer Zentralanlage nicht unmerklich verringern.

Auf Grund dieser Ueberlegungen haben die an der Stilllegung von Deimelsberg und Zentrum IV/VI interessierten Bergarbeiterverbände bei der preußischen Staatsregierung Schritte eingeleitet, um eine Klärung in der Selbstkostenfrage herbeizuführen. In den nächsten Tagen sollen Besprechungen zwischen dem preußischen Ministerpräsidenten, den Vertretern der Landtagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei und des Zentrums und den Beauftragten des Deutschen Bergarbeiterverbandes sowie des Gewerksvereins Christlicher Bergarbeiter in Berlin stattfinden.

## Die thüringische Regierung zurückgetreten

Weimar, 22. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Regierung des Freistaates Thüringen ist am Mittwoch nachmittag zurückgetreten. Die Minister haben dem Landtagspräsidenten einzeln ihr Amt zur Verfügung gestellt. Am 23. August tritt der Bundtag zusammen, um über den sozialdemokratischen Antrag auf Auflösung eine Entscheidung herbeizuführen.

beruht keineswegs auf einer inneren Uebereinstimmung in der grundsätzlichen Auffassung über die notwendige und richtige Außenpolitik überhaupt. Stresemann und die ihm nahestehenden bürgerlichen Kreise treiben doch immer mehr oder weniger Machtpolitik und Prestigepolitik, die friedliche Mittel nur anwenden, weil sie andere Mittel nicht besitzt. Das Ziel der Außenpolitik der Sozialdemokratie dagegen ist der Befriedung der Welt, die Schaffung eines dauernden Friedenszustandes zwischen den Nationen, in der es Machtsstreben und Prestigestreben des einzelnen Staates überhaupt nicht mehr gibt.

Was nun die Auffassung des Auswärtigen Amtes angeht, so ist dem Auswärtigen Amt zunächst darin zuzustimmen, daß das Recht und der Anspruch Deutschlands auf bedingungslose Räumung des Rheinlandes unbestreitbar ist, daß die Einwände, die das französische Bürgertum macht, um sich von dieser nicht nur moralischen, sondern unseres Erachtens auch rechtlichen Verpflichtung zu drücken, in keiner Weise stichhaltig sind. Andererseits sind wir aber der Auffassung, und wir haben diese Auffassung in diesen Spalten seit Jahresfrist immer wieder vertreten, daß es unter den gegebenen Verhältnissen nicht nur darauf ankommt, auf sein gutes Recht zu pochen und für sein gutes Recht zu kämpfen — obwohl das natürlich auch geschehen muß —, sondern daß es auch darauf ankommt, eine solche Politik zu treiben, die der Gegenseite es nach Möglichkeit erleichtert, ihre Verpflichtungen durchzuführen. Aus Rechthaberei entsteht niemals eine wirkliche Versöhnung, entsteht niemals eine wirkliche Befriedung und kann auch niemals derjenige enge wirtschaftliche und politische Zusammenschluß erwachsen, der für die Weiterentwicklung Europas Grundvoraussetzung ist. Man kann auf diese Weise vielleicht mit der Zeit erreichen, daß man sein Recht erhält, aber auf der Gegenseite bleibt dann ein großer Groll und eine große Bitterkeit zurück. Man scheint sich in Deutschland immer noch nicht darüber klar zu sein, welche verheerenden seelischen Wirkungen der Krieg und die Verwüstung großer Gegenden Frankreichs in den Seelen großer Mengen der Franzosen angerichtet hat. Man nimmt es heute fast schon als selbstverständlich hin, daß in so verhältnismäßig kurzer Zeit die Stimmung zwischen Deutschland und Frankreich nicht nur erträglich, sondern darüber hinaus zum großen Teil sogar freundlich und freundlich geworden ist. Nach den furchtbaren Schrecken des Weltkrieges und dem, was besonders die französische Bevölkerung dabei erlitten hat, müßte man im Grunde doch eigentlich annehmen, daß auf Jahrzehnte hinaus eine Stimmung tiefer Erbitterung gegen uns in den Seelen der französischen Bevölkerung lebendig bliebe. Man darf deshalb nicht in den Fehler verfallen, daß man annimmt, man könnte nun den Franzosen in ihrer Mehrheit ohne weiteres zumuten, daß sie alles erfüllen, was wir wünschen und worauf wir Anspruch haben. Gewiß, es ist eine Täuschung, wenn die Franzosen glauben, daß ihnen die Rheinlandsbesetzung noch in irgend einer Weise Sicherheit gewährt; denn erstens läßt diese Rheinlandsbesetzung sowieso in einigen Jahren ab und zweitens ist auch, so lange sie besteht, ihr militärischer Wert unter den heutigen Verhältnissen nicht übermäßig groß. Man darf aber auch nicht vergessen, daß das Bedürfnis nach Sicherheit bei den Franzosen auch heute noch berechtigt ist. Nichts hat die eingehende Diskussion über die Abrüstungsfrage auf dem Brüsseler Internationalen Sozialisten-Kongreß deutlicher gezeigt als die Tatsache, daß die technische Entwicklung der Kriegsmittel alle militärischen Werte umflüzt. Gewiß, Deutschland hat heute abgerüstet, und zwar als einziger Großstaat. Es besitzt nur ein kleines Söldnerheer. Aber viele militärische Sachverständige sind heute bereits der Meinung, daß bei der technischen Entwicklung, die die Kriegsmittel genommen haben, ein solches kleines Söldnerheer militärisch viel wertvoller ist als ein großes stehendes Heer, weil man bei der gegebenen Entwicklung der technischen Kriegsmittel in Zukunft solche große Massen zur Kriegführung gar nicht mehr benötigen wird. Gewiß, Deutschland hat gar keine schwere Artillerie, Frankreich dagegen eine sehr große. Aber jeder, der die technische Entwicklung aufmerksam verfolgt, weiß doch genau, daß die schwere Artillerie heute lange nicht mehr die Bedeutung als Kriegsmittel hat wie früher. Gewiß, es besteht der Vertrag von Locarno, der den Franzosen ihren gegenwärtigen Beststand garantiert, und soweit Verträge überhaupt irgend welche politische Sicherungen bieten können, liegt darin ebenso eine Sicherung, wie in dem demnächst abzuschließenden Kellogg-Pakt. Aber jedermann, der die Geschichte kennt, weiß, welche geringen Wert Verträge gerade in den entscheidenden politischen Situationen haben. Wir haben es doch in den Jahren 1914/18 schaudernd erlebt, wie Verträge zerstückt worden, wenn irgend eine Macht es politisch für richtig und notwendig hält. Mit alledem soll nur erklärt werden, daß es psychologisch verständlich ist, wenn bei den Franzosen auch heute immer noch ein Bedürfnis nach weiteren Sicherungen besteht. Diesem Bedürfnis sollte man von unserer Seite, soweit wie möglich, entgegenkommen, auch wenn man sich bei uns sagt, daß das, was wir den Franzosen bieten können, ihnen in Wirklichkeit keine neue Sicherheit gewährt. Wir wissen doch alle, daß es bei diesen psychologischen

Dingen, die in der Welt vorkommen, daß der andere glaubt, daß er etwas erhält, was für ihn von Wert ist. Darum sehen wir nicht ein, weshalb nicht eine Kontrolle der neutralisierten Zone am Rhein auch weiterhin stattfinden soll. Freilich sind auch wir der Auffassung, daß diese Kontrolle uns nicht allein aufzulegen werden darf. Wir sehen nicht ein, weshalb uns Deutschen in dieser Beziehung größeres Mißtrauen entgegengebracht werden soll als anderen Nationen bzw. deren Regierungen. Wir sind deshalb dafür, daß alle Grenzregionen zwischen den einzelnen Nationen, auch die Grenzgebiete Frankreichs, neutralisiert und unter dauernde und zwar zivile internationale Kontrolle gestellt werden. Dann hat die Kontrolle des Rheinlandes für Deutschland nichts Entzweckendes, sondern die ganze Kontrolle wird dann zu einer gegenseitigen internationalen Friedensmaßnahme. In diesem Sinne ist auch das Abereinkommen zu verstehen, das letzterzeit unsere Partei mit den französischen Sozialisten geschlossen hat. Deutschland sollte also nicht einfach die von Frankreich verlangte Kontrolle des Rheinlandes ablehnen, sondern es sollte diesen viel weitergehenden Gegenvorschlag machen und unter der Bedingung ihrer Ausdehnung dieser Kontrolle zustimmen.

Eine Bedingung, die wir unmöglich erfüllen können, ist der Verzicht auf den Anschluß Österreichs an Deutschland. In diesem Punkte stimmen wir dem Auswärtigen Amt ebenfalls zu. Zu dieser Frage muß aber doch auch ein Wort gesagt werden: Diese Forderung erheben die Franzosen erst seit ganz kurzer Zeit. Früher wurde das in Frankreich bei der Diskussion über die Frage der Rheininsubordination nicht verlangt. An der Tatsache, daß die Franzosen diese Forderung plötzlich neu aufstellten, sind wir Deutschen aber nicht ganz unschuldig. Diese Forderung ist nämlich die Reaktion auf die zum mindesten in ihrer Form teilweise recht unglücklichen Anschlußbedingungen in Deutschland und Österreich in den letzten Monaten. Man kann sich in Deutschland kaum vorstellen, welche verheerende Wirkung bis in die französischen Linkskreise hinein insbesondere die Anschlußbedingungen der deutschen Söcher in Wien gehabt hat, und wir sollten zum mindesten aus dieser Tatsache die Lehre ziehen, daß wir das richtige und gute Ziel der Erreichung des Anschlusses nicht in dieser Form verfolgen sollten, sondern durch eine ruhige und die Gefühle anderer Völker nicht verletzende Propaganda.

Ebenfalls dem Auswärtigen Amt zustimmen müssen wir, wenn es finanzielle Zugeständnisse als Gegenleistung für die Rheininsubordination für unmöglich erklärt. Die nordtendenzen Ausführungen zu diesem Punkt erscheinen auch uns schädlich.

Weniger überzeugend dagegen erscheinen uns die Ausführungen über das Ost-Vertrags. Gewiß, auch wir sind der Auffassung, daß der polnische Korridor für Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung eine schwere Belastung darstellt und daß im Laufe der Jahrzehnte eine friedliche Aenderung dieser Verhältnisse angestrebt werden muß. Wir stellen uns das so vor, daß in einem europäischen Staatenbund die den freien Wirtschaftsverkehr hemmenden Zollstrafen und politischen Grenzen überhaupt fallen, und daß dann Disputen wieder unbedenklich mit dem übrigen Deutschland in Verkehr treten kann. Wir sehen aber nicht ein, weshalb wir, wenn die Franzosen und Polen glauben, daß ihnen damit gedient ist, nicht auch einen Ost-Vertragsvertrag schließen sollen. Wir haben auch über diesen Punkt schon wiederholt ausgesprochen, daß sich die Rechtslage durch ein solches Ost-Vertrags in keiner Weise ändern würde. Denn nach dem geltenden Recht, nach den Friedensverträgen und dem Völkerbundspakt, ist eine Aenderung der Grenzziehung im Osten auch heute schon nur möglich, wenn Polen dem freiwillig zustimmt. Eine solche Aenderung unter freiwilliger Zustimmung Polens würde aber natürlich auch weiter möglich sein, wenn wir einen Ost-Vertragsvertrag abschließen. Denn jeder Vertrag ist unter Zustimmung beider Vertragspartner freilich und vollständig abänderbar. Außerdem ist bereits durch den Völkerbundspakt und durch die Friedensverträge der gegenwärtige Zustand der Ostgrenze durch die anderen Großmächte tatsächlich garantiert. Ein Ost-Vertrags würde diese Garantie nur noch einmal wiederholen. So ergibt sich, daß zwar Polen

solchen Vorschlag hat, ein solches Ost-Vertrags zu verlangen, weil es das, was es damit erreichen will, eigentlich schon in vollem Umfange besitzt, daß aber, wenn es aus Stimmungsgründen heraus dieses Ost-Vertrags haben möchte, Deutschland sich nichts vergibt, und in Wirklichkeit auf nichts verzichtet, auf das es nicht schon verzichtet hat, wenn es das gewährt. Es wird bei dieser Gelegenheit immer vergessen, daß die Beschlüsse des Völkerbundes in diesen Fragen nur durch Einstimmigkeit zustande kommen können und daß also auch jetzt schon, wenn der Völkerbund wirklich eine Revision des Friedensvertrages, die im Friedensvertrag an sich zugelassen ist, vornehmen wollte, diese Revision doch nur mit Zustimmung Polens selbst möglich ist.

Wir sind deshalb der Meinung, daß auch von unserer Seite aus noch manches getan werden kann, um die Schwierigkeiten, die der sofortigen Räumung des ganzen noch besetzten Gebietes entgegenstehen, beseitigen zu helfen.

## Endlich ein Fortschritt

### Die Krisenfürsorge verlängert — Ein Beschluß des Reichskabinetts

Berlin, 22. August. (Eigener Bericht.) Das Reichskabinetts hat am Mittwoch beschlossen, in der Frage der Verbesserung der Krisenfürsorge von einer Zwischenlösung abzusehen und die allgemeine Verlängerung der Unterstützungsdauer von 26 auf 39 Wochen, wie sie der Reichstag vor seinem Auseinandergehen gewünscht hat, mit Wirkung vom 17. September ab in Kraft zu setzen.

Damit hat die Reichsregierung den dringenden Vorstellungen der Gewerkschaften, des Verwaltungsrats der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Rechnung getragen. Zu beachten ist bei der Neuregelung, daß alle Krisenunterstützten, die seit (1. Juli) Ablauf der Uebergangsbestimmungen infolge Erschöpfung der Bezugsdauer von 26 Wochen ausgespart wurden, nun in den Genuss einer weiteren Bezugsdauer bis zu 39 Wochen kommen.

Es ist nicht recht ersichtlich, warum die Verlängerung der Krisenunterstützung auf 39 Wochen erst am 17. September in Kraft treten soll. Jedenfalls muß der Reichsarbeitsminister, der die entsprechende Verordnung an die Landes-Arbeitsämter und die Arbeitsämter nunmehr zu erlassen hat, dafür Sorge tragen, daß die Verlängerung rechtzeitig vorbereitet werden kann. Am zweckmäßigsten wäre es, wenn die Verordnung, die die Unterstützungsdauer auf 39 Wochen festsetzt, benutzt werden würde, um die gesamte Materie der Krisenunterstützung, die durch ihre Verteilung auf verschiedene Verordnungen und Erlasse recht unübersichtlich geworden ist, zu vereinfachen und dadurch die Arbeit für die ausführenden Arbeitsämter erheblich zu erleichtern. Man würde so auch den Arbeitslosen, die ein Anrecht auf die Krisenunterstützung haben, die Möglichkeit geben, sich selbst über das Ausmaß ihres Anspruchs zu orientieren; bei der jetzigen unübersichtlichen und komplizierten Regelung der Materie der Krisenunterstützung ist dies für einen Arbeitslosen völlig unmöglich. Gerade die Orientierungsmöglichkeit für jeden einzelnen ist notwendig, damit nicht in kleineren Arbeitsämtern durch die Unwissenheit der Arbeitslosen eine falsche Auslegung der Bestimmungen erfolgt und die Arbeitslosen geschädigt werden.

Durch den Kabinettsbeschluß über die Verlängerung der Höchstdauer ist der sich stark verschlechternden Arbeitsmarktlage keineswegs Rechnung getragen worden. Notwendig ist, daß die Forderung der freien Gewerkschaften auf die Ausgestaltung der Krisenfürsorge zur Reichs-Arbeitslosenversicherung bald in Angriff genommen wird. Es muß eine der Hauptaufgaben des im Herbst zusammentretenden Reichstages sein, diese unabwiesbare Pflicht des Reiches im Einklang mit den Bestimmungen der

## Das Debut des demokratischen Präsidentschaftskandidaten

Al Smith für den Kelllogg-Pakt und Aufhebung des Alkoholverbotes  
London, 23. August. (Eig. Funterbericht.) Der amerikanische Gouverneur Smith wurde am Mittwoch im Kapitol von Albany, der Hauptstadt des Staates New York, als demokratischer Präsidentschaftskandidat nominiert. In seiner Programmvorrede erklärte sich Smith für den Kelllogg-Pakt und für Aufhebung des Prohibitionszuges zur Verfassung. Dieser Schritt erfordert jedoch eine lange Zeit. Smith schlägt deshalb vor, daß zunächst ein höherer Alkoholgehalt zugelassen werde, es aber jeden Staat freistehet, den Alkoholgehalt nach eigenem Ermessen festzusetzen. Alkoholisches Getranke dürfen auch nicht von den Bars, sondern nur von staatlichen Verkaufsstellen vertrieben werden. Der demokratische Präsidentschaftskandidat erklärte sich schließlich noch für eine gemäßigte Auslegung der Mouroedoktrin.

Reichsversicherung zu erfüllen. Die Notwendigkeit, ein Bindemittel zwischen der Arbeitslosenversicherung und der Wohlfahrtspflege zu schaffen, wie es die Reichs-Arbeitslosenversicherung darstellen soll, ist durch die amtlichen Statistiken zur Genüge erwiesen.

### Die Unternehmer protestieren

Berlin, 23. August. (Eigener Funterbericht.) Die Unternehmerverbände haben die Reichsregierung noch vor dem gefälligen Beschluß über die Erweiterung der Krisenfürsorge wissen lassen, daß sie gegen weitere sozialpolitische Maßnahmen sind. (Wir werden auf den Protest im einzelnen zurückkommen.)

### Unruhen in Riga

Riga, 22. August. (Eigener Drahtbericht.) In Riga kam es am Mittwoch zu schweren Zusammenstößen zwischen der Polizei und Arbeitern, in deren Verlauf die Beamten sich der Waffe bedienten. Die Zahl der Leicht- und Schwerverletzten ist außergewöhnlich hoch.

Riga, 23. August. (Eigener Funterbericht.)

Die am Mittwoch in Riga zu verzeichnenden Zusammenstöße zwischen Arbeitern und der Polizei ergaben sich im Verlauf einer Protestdemonstration gegen die Auflösung der linken Gewerkschaften. Diese Organisationen, die ausschließlich aus Kommunisten bestanden, hatten in den letzten Tagen beschlossen, den „Generallstreik“ zu proklamieren. Den Auftakt dazu bildete die getrigge Demonstration. Etwa 400 Personen wurden verhaftet, später aber zum größten Teil wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Zahl der Verwundeten ist nicht bestimmt zu erfahren, da sich ein Teil der verletzten Personen von sich aus in ärztliche Behandlung begeben hat.

Die Sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften haben sowohl den Generallstreik wie die getrigge Demonstration auf das entschiedenste bekämpft. Die Folge war, daß nur ein ganz geringer Teil der Rigaer Arbeiterschaft den Parolen der linken Gewerkschaften folgte.

### Gegen die Rüstungen Rußlands

Amsterdam, 22. August. (Eigener Drahtbericht.) Dem Weltfriedenskongress der Jugend in Genèbe ging ein scharfer Protest der russischen Tschojaner, denen die Sowjetregierung die Ausreise untersagt hatte, gegen die Militarisierung der Jugend in Rußland zu. Der Kongress stimmte einem niederländischen Antrag zu, der gegen jedes, die Zusammenarbeit der Jugend erschwèrendes Regierungssystem protestiert.

## Der Seewolf.

Von Jack London.

(Nachdruck verboten.)

An Deck erdienten eilige Befehle, Hühnerkämpfe und das Klacken der Seilinge, als die „Ghosh“ sich jetzt in den Wind drehte. Beim Überfrennen begann der Schiffsstuhl über den Fußboden zu gleiten, aber ich sprang schnell zu, gerade noch rechtzeitig, um die Gerichte vor dem Umstürzen zu bewahren.

Sie war zu schlaftrig, um ihre Überraschung anders als durch einen kurzen Ausruf zu erkennen zu geben, dann ließ sie sich krauchend und mantelnd von mir zu ihrer Koje führen. Murgende grünte mich einseitig an, als ich ihn hinausschob mit dem Befehl, sich wieder an seine Küchenarbeit zu begeben, aber er rächte sich, indem er den Jägern wipigen Bericht erstattete, welche ausgezeichnete Jungfer ich abgab.

Sie lehnte sich schwer gegen mich und ich glaube, daß sie auf dem Wege zwischen Rehnstuhl und Koje eingeschlafen war.

Alle Mann waren an Deck, denn sie wußten, daß etwas geschehen würde, wenn Leach und Johnson an Bord geholt wurden. Louis kam zur Ablösung noch achtern ans Rad. Es lag Feuchtheit in der Luft, und ich bemerkte, daß er sein Ölzeug angezogen hatte. „Was gibt es jetzt?“ fragte ich ihn.

„Eine gesunde Regenbö, gerade genügend, um uns den Fragen nach zu machen, weiter nichts,“ antwortete er. „Zu dumm, daß wir sie nicht hätten!“ sagte ich, während der Bug der „Ghosh“ von einer schweren See ein paar Strich aus dem Kurs geworfen wurde und das Boot einen Augenblick hinter dem Klüber zum Vorwärts kam.

Louis brachte das Rad und antwortete ausweichend: „Sie hätten das Land doch nicht erreicht, das weiß ich.“

„Glaubst du nicht?“

„Nein, Herr von Weiden. In der nächsten Stunde kann sich keine solche Eierstake auf See halten und es ist ein Glück für sie, daß wir hier sind, um sie aufzuheben.“

Wolff Larfen, der mittschiffs mit den Gerichteleten gesprochen hatte, kam jetzt mit langen Schritten nach achtern. Das launische Sprunghase in seinem Gang war jetzt noch ausgeprägter als gewöhnlich und seine Augen leuchteten hell.

„Drei Heizer und ein vierter Maschinist,“ begrüßte er mich. „Aber wir werden schon Matrosen oder doch wenigstens Bootspulver aus ihnen machen. Und wie steht's mit der Dame?“

„Ich weiß nicht warum, aber ich fühle einen Schmerz wie einen Messerstich, als er sie erwähnte, und ich antwortete nur mit einem Achselzucken.“

Wolff Larfen spitzte die Lippen zu einem langen höhnischen Pfeifen.

„Wie heißt sie denn?“ fragte er.

„Ich weiß nicht,“ erwiderte ich. „Sie schläft. Sie war sehr müde. Eigentlich hätte ich gedacht, von Ihnen etwas zu hören. Was für ein Schiff war es denn?“

„Koffdampfer,“ antwortete er kurz. „City of Tokio“ von Fricco nach Yokohama. Im Japan außer Dienst gesetzt. Alter Raffen. Wurde led wie ein Sieb. Sie sind vier Tage herumgetrieben. — Und Sie wissen nicht, wer oder was sie ist, wie? — Mädchen, Frau oder Witwe? — Ra ich.“

„Er schüttelte neidend den Kopf und sah mich mit lachenden Augen an.“

„Sollen Sie —“ begann ich. Es lag mir auf der Zunge, ihn zu fragen, ob er die Schiffbrüchigen nach Yokohama zu bringen gedachte.

„Ob ich was will?“ fragte er.

„Was wollen Sie mit Leach und Johnson machen?“

„Er schüttelte den Kopf. „Billig, Hump, ich weiß es nicht. Sie sehen doch, daß wir mit den Leuten, die wir vorhin an Bord genommen haben, genügend Mannschafft besitzen.“

„Die beiden haben sicher genug vom Desertieren,“ meinte ich. „Nehmen Sie sie an Bord und seien Sie anständig gegen sie. Was sie auch getan haben: sie sind dazu getrieben worden.“ — „Durch mich?“

„Durch Sie,“ entgegnete ich jetzt. „Und ich warne Sie, Wolff Larfen, ich könnte meine Liebe zum Leben vergessen über dem Wunsch, Sie zu töten, wenn Sie in Ihrer Rasche an diesen Unglücklichen zu weit gehen.“

„Drabo!“ rief er. „Sie machen mir wirklich Ehre, Hump! Sie machen sich und darum habe ich Sie gern.“

„Er änderte Stimme und Ausdruck. „Glauben Sie an Versprechungen?“ fragte er. „Sind sie Ihnen heilig?“

„Natürlich,“ erwiderte ich.

„Dann schätzen wir einen Wolf,“ fuhr er fort, dieser vollendete Schauspieler. „Wenn ich verspreche, keine Hand an Leach und Johnson zu legen, versprechen Sie mir dann, nicht zu versuchen, mich zu töten?“

„Ich wollte kaum meinen Ohren trauen. Was ging in dem Manne vor?“ „Abgemacht?“ fragte er ungeduldig.

„Abgemacht,“ antwortete ich.

Er streckte mir die Hand entgegen, aber als ich sie herzlich schüttelte, hätte ich schwören können, seine Augen höhnisch aufblitzen zu sehen.

Wir schlenderten über die Ruff nach Lee. Das Boot war jetzt fast zum Greifen nahe und befand sich in einem elenden Zustande. Johnson feuerte, während Leach schöpfte. Wolff Larfen bedeutete Louis, etwas seitwärts zu halten, und wir schossen, keine zwanzig Fuß in Land, an dem Boot vorbei. Die „Ghosh“ narrie sie. Das Schrieffegel flatterte schlaff und das Boot richtete sich auf, was die beiden Männer schleunigst veranlaßte, die Bläse zu wechseln. Das Boot stampfte und während wir uns jetzt auf einer hohen Woge hoben, stürzte es tief hinab.

In diesem Augenblick sahen Leach und Johnson in die Gesichter ihrer Kameraden, die mittschiffs über die Reling lehnten. Keiner grüßte. In den Augen der anderen waren sie tote und zwischen ihnen lag der Abgrund, der Lebendige und Tote scheidet.

Gleich darauf befanden sie sich der Ruff gegenüber, auf der Wolff Larfen und ich standen. Wir sanken in das Wellental, während sie sich auf den Ramm erhoben. Johnson blidte mich mit einem unfagbar zerquälten Ausdruck an. Ich winkte ihm zu und er erwiderte meinen Gruß, aber mit einem Winken, das hoffnungslos und verzweifelt war. Es war, als nehme er Abschied. Leachs Augen konnte ich nicht fangen, denn er schaute mit dem alten unerböhrlichen Haß Wolff Larfen an.

Dann waren sie achtern angekommen. Plötzlich füllte sich das Schrieffegel mit Wind und das offene Fahrzeug krenkte so, daß es ausfah, als sollte es kentern. Eine Sturzsee schäumte darüber hinweg und begrub es unter schneeweißem Gischt. Dann hob sich das Boot wieder. Es war halb voll Wasser und Leach schöpfte wie wahnsinnig, während Johnson sich, weiß vor Angst, an die Ruderpinne klammerete.

Wolff Larfen lachte kurz und spöttisch und schritt nach der Achterhütte. Ich erwartete, daß er befehlen würde, beizubrehen, aber die „Ghosh“ hielt ihren Kurs und er gab kein Zeichen. Louis stand unbeweglich am Steuer, aber ich bemerkte, daß die vorn in Gruppen stehenden Matrosen uns bekräftigt anblickten. Immer weiter schob die „Ghosh“, bis das Boot nur noch ein kleiner Punkt war. Da erhob sich Wolff Larfens Stimme, die Befehl, Feuerbord zu halten.

(Fortsetzung folgt.)

# Der Vorläufer eines Weltparlamentes

Von Paul Löbe.

In der Wandelhalle des Deutschen Reichstags wehen die Fahnen von 37 Staaten aus allen fünf Erdteilen, von Freunden und Feinden des großen Weltkrieges friedlich nebeneinander. Sie verkünden, daß am Mittwoch ein Weltparlament der Abgeordneten der 37 Staaten gehalten hat. 550 Abgeordnete aus diesen 37 Staaten hielten im Sitzungssaal der deutschen Abgeordneten in französischer, englischer und deutscher Sprache Beratungen ab, es tagt die XXV. Konferenz der Interparlamentarischen Union.

Was ist diese Interparlamentarische Union? Bisher hat sich das am besten an der Hand ihrer Geschichte erzählen; denn die Union ist erst in der Zeit von fast 40 Jahren langsam zu ihrer heutigen Größe und Bedeutung angewachsen und sie verdankt ihre Entstehung einem Manne, der uns politisch nahestand, dem englischen Arbeiterabgeordneten William Randal Cremer. Cremer, ein Zimmermann, der sich stets für seine Klassenangelegenheiten, aber auch für die Friedensbewegung einsetzte, wurde Sekretär seines Gewerkschaftsvereins und trat im Alter von 57 Jahren in das englische Unterhaus ein. Seine erste Tat war, daß er den Gedanken der Schiedsverträge zwischen den Staaten zu verwirklichen suchte. Er reiste mit einer Adresse, die von 234 Abgeordneten des Unterhauses und von den Führern der Trades Unions unterzeichnet war, im Jahre 1887 nach dem Vereinigten Staaten, um sie dem Präsidenten und dem Kongress zu übergeben. Diese Adresse zielte zunächst auf einen Schiedsgerichtsvertrag zwischen den beiden Staaten an der Atlantik-Küste und dem Westküste des Ozeans. Als er keinen sofortigen Erfolg sah, wandte er sich mit dem französischen Abgeordneten Frédéric Fallz, der auf der Tribüne der Deputiertenkammer für den Schiedsgerichtsgedanken eingetreten war. Diese beiden erreichten, daß bei der Weltausstellung in Paris im Jahre 1889 der erste interparlamentarische Kongress zusammentrat, wenn man ihn so bezeichnen darf. Es waren zwar 96 Abgeordnete beider Nationen, aber 85 kamen allein aus England und Frankreich, 4 aus Italien und je einer aus fünf weiteren Staaten. Dem Gedanken, durch solche Konferenzen der Annäherung der Staaten zu dienen, hat Cremer bis zu seinem Lebensende mit Leidenschaft gedient und für seine Bemühungen im Jahre 1903 den Nobelpreis erhalten. Als er 1908 die Augen schloß, lagte der ungarische Graf Apponyi, der für das gleiche Ideal gewonnen war, in seinem Nachruf über Cremer u. a.:

„Dies bedeutete für den jeden Vermögens haben Kreis den Wohlstand, fast den Reichtum, auf jeden Fall den Komfort für seine alten Tage, die rühmliche und gerechte Belohnung für ein Leben voller Entbehrungen und Arbeit. Aber Randal Cremer dachte nicht so; er stellt den Gesamtbetrag des Vermögens, das ihm so zufließt, der großen Sache der internationalen Schiedsgerichte zur Verfügung; von dem hohen Glück besetzt, geben zu können, er für sich nur seine materielle Armut und den Reichtum seines Enthusiasmus. Er stirbt, jung an Herz, im Alter von 71 Jahren.“

Das Ziel der ersten Konferenzen der Interparlamentarischen Union war eng begrenzt. Sie wollte den oben erwähnten Gedanken der Schiedsverträge anstelle der Kriege auf möglichst viele Staaten ausdehnen und erstrebte in der zweiten Etappe einer Entwicklung die Einsetzung eines ständigen internationalen Gerichtshofes, der die eintretenden Differenzen zwischen den Staaten durch ein Kollegium hoher Rechtsgelehrter zur Entscheidung bringen sollte und dessen Urteil sich zu unterwerfen jeder souveränen Staat im voraus erklären sollte. Wir wissen, welche Widerstände der Verwirklichung dieses Gedankens in den Kreisläufen der Arbeit der Interparlamentarischen Union entstanden und wie langsam die richtige Anschauung sich Bahn brach.

Immerhin ist es interessant, daß der erste sogenannte Friedenskongress im Haag auf die Arbeiten dieser Konferenzen zurückzuführen ist. Zwar entsprang die Einladung zur ersten Konferenz durch den Zaren von Rußland durchaus nicht den Tendenzen der Nächstenliebe oder der Völkerverständigung. Der russische Finanzminister Witte hatte dem Zaren nur klar gemacht, daß für eine Vermehrung und Erneuerung der russischen Artillerie augenblicklich kein Geld in den Staatskassen vorhanden war. Und um die Einführung ähnlicher Neuerungen, die in anderen Ländern bevorstanden, hintanzuhalten, kam der Ruf zur Abrüstung und zur Einführung der Schiedsgerichte bei Streitigkeiten zwischen den Völkern an so unerwarteter Stelle zum Vorschein. Aber daß man gerade auf diesen Ausweg verfiel, der nun zwangsläufig weiter wirkte, war dem Umstand geschuldet, daß seine Grundzüge durch einen russischen Teilnehmer der Verhandlungen der Interparlamentarischen Union, den russischen Finanzminister Witte, in die Akten des russischen Auswärtigen Amtes gelangt waren und dort die unvorhergesehene Verwendung fanden. — Die Idee der Schiedsgerichtsverträge, die ja in Einzelverträgen verschiedener Staaten schon vorher vorhanden war, nun in so augenfälliger Weise in die Öffentlichkeit getragen, war nicht mehr auszurotten und ihre weitere Propaganda sowie die Einsetzung eines ständigen Gerichtshofes war das Ziel der nächsten Konferenzen der Union.

Der Weltkrieg hat diese Bemühungen und diese Verträge für ein halbes Jahrzehnt unterbrochen. Doch bald nach seinem Abbruch trat die Union, die im Jahre 1908 schon einmal in Berlin tagte und vom Reichskanzler Fürst von Bülow begrüßt worden war, zu neuer Arbeit zusammen. Sie wurde eine Art Gegenstück zum Völkerbund, wie der Reichstag das Gegenstück zur Regierung. Kommen im Völkerbund die Regierungen zu Wort durch ihre mit gebundenem Mandat instruierten Vertreter, so in der Union die Abgeordneten, die frei von solchen Bindungen sind. Hatte man sich früher auf die Schiedsgerichtsfrage beschränkt und aktuelle politische Themen vertrieben, damit die nationalen Gegensätze nicht auseinanderplatzten, so wagt man sich jetzt auch an alle politischen Tagesprobleme, an die Abrüstung, an die Reparationsfragen, an die Ein- und Auswanderung, heran.

Heute sind verschiedene politische Richtungen in der Interparlamentarischen Union vereint unter Ausschluß der extremen Nationalisten und der Kommunisten, von denen nur der britische Abgeordnete Sallatola zu den Berliner Verhandlungen erschienen. Die Sozialdemokraten der meisten Länder sind an den Verhandlungen beteiligt und wir werden darum unseren den beherrschenden Parteiführer La Fontaine, die dänischen Parteiführer Stauning und Borgbjerg, Engberg und Lindhagen aus Schweden, Studer aus der Schweiz, Keller aus der Tschechoslowakei, Pantrach und Posener aus Polen, Witbaut aus Holland, Bethia-Lawrence, Riley und Smith aus England, Marina aus Estland und viele andere in Berlin sehen. Fern von der Beteiligung hält sich aus innerpolitischen Gründen noch die ungarische und die österreichische Sozialdemokratie.

Auf der Tagung der Berliner Konferenz steht zunächst eine Aussprache über die gegenwärtige politische Lage, in der der ehemalige niederländische Minister Treub und der frühere dänische Geheimrat Wundt die einleitenden Ansprachen halten, sodann eine Debatte über Ein- und Auswanderung, ferner eine „Erklärung über die Rechte und Pflichten der Staaten“, die der englische Genosse La Fontaine begründet wird und schließlich eine größere Aussprache über die gegenwärtige Entwicklung des interparlamentarischen Systems, zu der der frühere deutsche Reichskanzler Dr. Bismarck das Referat übernommen hat und die angesichts der fortschreitenden und diffusen Strömungen in Europa eine große Bedeutung hat. — Es ist gewiß nur ein Teilgebiet, das zu bezeichnen die Interparlamentarische Union sich vorgenommen hat und wir sind erst in den Anfängen einer internationalen Gesetzgebung. Aber wenn wir uns die Verheerungen des Krieges vor Augen halten und wenn wir bedenken, daß die Arbeiterklasse allein eben noch nicht imstande war, diese Geißel von den Völkern fernzuhalten, muß jeder ehrlich gemeinte Versuch von Friedensfreunden, die gleiche Sache zu fördern, mit Begeisterung begrüßt werden. Das ist auch die Ursache, weshalb die Sozialdemokraten der meisten Länder an diesen Arbeiten einen Anteil nehmen.

# Die Tagung der interparlamentarischen Union

Bericht der Minderheitenfrage

Berlin, 22. August. (Eigener Bericht.) Am Mittwoch vormittag trat im Rahmen der vorbereitenden Arbeiten der Interparlamentarischen Union das Exekutivkomitee zusammen. Seine Beratungen leitete an Stelle des erkrankten Vorsitzenden Baron Adelswärd-Schweden der Präsident der tschechoslowakischen Abordnung, Dr. Trabes. Die Arbeiten des Komitees galten in der Hauptsache der Vorbereitung für die am Nachmittag zusammentretende Sitzung des Interparlamentarischen Rates.

Die Kommission für Kolonial- und Minderheitenfrage wendete ihre Arbeiten. Das Ergebnis ihrer Arbeiten wurde in folgender Entschließung zusammengefaßt:

1. Die Kommission beschloß nach Entgegennahme des Berichts über Minderheiten von Dr. Studer eine Unterkommission von fünf Mitgliedern einzusetzen mit dem Auftrage, etwaige Verbesserungen im Minderheitenverfahren vor dem Völkerbund zu studieren.

2. Die Kommission erinnert an die Resolutionen der Konferenzen von Wien, Kopenhagen und Washington-Ottawa, die eine ständige Minderheitenkommission beim Völkerbund vorzuschlagen hat, und in denen die Interparlamentarische Union die Ausdehnung des Minderheitenschutzsystems auf alle Staaten befürwortete. Die Kommission beauftragt die Unterkommission, die Mittel und Wege zu finden, durch welche diese Ausdehnung erreicht werden könnte. Die Kommission beauftragt ferner das Interparlamentarische Büro, obige Resolutionen den Regierungen und auch den nationalen Gruppen bei jeder sich bietenden Gelegenheit in Erinnerung zu rufen.

3. Die Kommission ersucht ferner die Unterkommission, die Entwicklung des materiellen Minderheitenrechts nicht aus den Augen zu verlieren und bei ihren Arbeiten die in verschiedenen Staaten schon bestehenden kulturellen Garantien zu berücksichtigen.

Die Entschließung verfolgt den Zweck, den zukünftigen Arbeiten der Kommission und der Unterkommission bestimmte Richtlinien zu geben.

Der Rat der Interparlamentarischen Union beauftragte am Mittwoch den bisherigen Generalsekretär Dr. Christian Lange-Norwegen auf weitere vier Jahre zum Generalsekretär der Union. Der Rat nahm schließlich zur Budgetfrage folgende Entschließung an:

Der Interparlamentarische Rat bittet angesichts der Notwendigkeit, die Einnahmen der Union zu vermehren, die Kommission für politische und organisatorische Fragen, einer Unterkommission den Auftrag zu erteilen, die am Tarif für die Gruppenbeiträge möglichen Abänderungen zu prüfen, damit auf diese Weise die Einnahmen erhöht werden können.

## Italienischer Protest gegen die Teilnahme der Faschisten

Berlin, 22. August. (Eigener Bericht.)

Eine ganze Reihe ehemaliger italienischer Abgeordneter hat an die jetzt in Berlin tagende Interparlamentarische Konferenz ein Protestschreiben gerichtet, das eine peinliche Frage aufwirft: Gehören Faschisten überhaupt auf diese Konferenz? Die verbannten und flüchtigen Abgeordneten verneinen diese Frage auf das entschiedenste. „Die sogenannten italienischen Abgeordneten, die der Konferenz beiwohnen“, können nicht als Mitglieder eines Parlaments, dem es zuzieht, eine Kontrolle über die Regierung auszuüben, sondern nur als Agenten und Beamte der Regierung angesehen werden. In dem Protest der ehemaligen italienischen Deputierten wird dann eingehend geschildert, wie die früheren parlamentarischen Einrichtungen Italiens von den Faschisten mit Füßen getreten wurden.

Am Schluß heißt es wörtlich: „Die unterzeichneten italienischen Abgeordneten, sämtlich politische Flüchtlinge, fragen sich, ob es möglich und schädlich ist, daß ein derartiges Zerstückeln einer politischen Vertretung, daß eine pseudofunktionelle oder vielmehr antikonstitutionelle Lüge das Recht habe, an einer Vertretung teilzunehmen, deren erklärtes Ziel und stillschweigende Voraussetzung die Verteidigung der parlamentarischen Einrichtungen und des internationalen Friedens ist.“

Sie legen diese Frage der Berliner Kundgebung in formeller Weise vor, im Interesse des Ernstes und der Bedeutung der Aufgaben, welche diese Konferenz zu erfüllen hat und sie stellen an den Vorsitzenden und an das Komitee dieser selben Konferenz die respektvolle Bitte, die vorliegende Protestkundgebung der erlauchten Versammlung bei Beginn ihrer Tagung zur Kenntnis bringen zu wollen.“

## Die Bestimmung Amerikas

Kellogg geht nicht nach London — Eine Folge des englisch-französischen Marineabkommens

London, 22. August. (Eigener Bericht.) Der amerikanische Staatssekretär Kellogg hat seinen anfänglichen Plan, außer Dublin auch London zu besuchen, aufgegeben und der englischen Regierung davon offiziell Mitteilung machen lassen. Der Bericht Kelloggs auf einen Besuch der englischen Hauptstadt ist auf die Bestimmung Amerikas über das englisch-französische Rüstungsabkommen zurückzuführen. In der offiziellen Verlautbarung der amerikanischen Botschaft in London wird der Bericht auf „Zeitmangel“ des amerikanischen Staatssekretärs zurückgeführt. Er beabsichtigt, von Paris aus nach Dublin zu reisen und dann von Southampton aus umgehend die Rückkehr nach Amerika anzutreten.

London, 22. August. (Eigener Bericht.) Die Beschränkung über die Geheimhaltung des englisch-französischen Flottenkompromisses ist durch das am Dienstag ausgegebene halbamtliche französische Kommuniqué in England eher verstärkt als abgeschwächt worden. Die Stimmen mehren sich, die eine sofortige volle Aufklärung der Defensivität fordern.

Der „Manchester Guardian“ veröffentlicht am Mittwoch eine amtlich inspirierte Meldung seines politischen Korrespondenten, in der es heißt, daß es überhaupt kein englisch-französisches Flottenabkommen oder gar eine Entente gebe, sondern lediglich ein Kompromiß zwischen Frankreich und England, um die Arbeiten der vorbereitenden Entwaffnungskommission über den totalen Punkt hinwegzubringen. Großbritannien habe in der Frage der militärisch ausgebildeten Reserve der Landarmee nachgegeben, um wenigstens ein Minimum an Rüstungsbeschränkungen zu sichern und zu verhindern, daß die Entwaffnungskommission endgültig scheitert. Während man amtlicherseits keine andere Verbindung zwischen diesen beiden Schritten sehen möchte als den Wunsch, die Entwaffnung nach Möglichkeit zu fördern, bricht der „Manchester Guardian“ die beiden Tatsachen in einen inneren Zusammenhang. Das Flottenabkommen, so stellt das Blatt fest, möge sich tatsächlich als völlig harmlos erweisen. Weniger harmlos sei jedoch der Preis, den Großbritannien dafür gezahlt habe, indem es zur Aufschlüsselung der ausgebildeten Reserve von Rüstungsbeschränkungen seine Zustimmung gegeben habe.

Der „Daily Herald“ schreibt, er habe Grund anzunehmen, daß das Abkommen nicht auf Flottenangelegenheiten beschränkt sei. Das Blatt stelle an Lord Curzon, dem Stellvertreter des Außenministers, folgende Fragen: Enthält das wirkliche Abkommen Bestimmungen, die einer defensiven und offensiven Entente bedenklich nahekommen? Ist es wahr, daß das Abkommen maritime Einflugsphären abgrenzt und Frankreich hier, England dort Rechte zur See räumt? Ist es wahr, daß das wirkliche Abkommen ein Kompromiß hinsichtlich der Bewaffnung zu Lande enthält und eine

gemeinsame Beratung der beiden Generalstäbe vorliegt? Enthält das Abkommen Bestimmungen hinsichtlich der verbleibenden Beziehungen der Luftfahrtruppen Englands und Frankreichs?

Der konservative „Evening Standard“ beklagt sich, daß in dieser für England lebenswichtigen Frage des Flottenabkommens die englische Öffentlichkeit schlechter informiert sei als irgend ein anderes Land Europas.

Paris, 22. August. (Eigener Bericht.) Poincaré wird Donnerstag von seinem Landstich in Campigny, wo er zur Erholung weilt, in Paris zurück erwartet. Im Laufe des Nachmittags findet dann der außerordentliche Ministerrat statt. Das ganze Zeremoniell der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes ist bereits festgelegt. Staatssekretär Kellogg hat bereits zu allen Einzelheiten seine Zustimmung gegeben. So wird die Erklärung, daß die Minister sich lediglich zur Beratung des Zeitprogramms versammelt, noch unwahrscheinlicher. Tatsächlich gilt es, angesichts der bevorstehenden Besprechungen mit dem deutschen Außenminister über die deutsch-französischen Probleme sowie angesichts der dem Staatssekretär Kellogg zugeschriebenen Absicht, das Marineabkommen zwischen England und Frankreich zur Sprache zu bringen, die Haltung des Kabinetts festzulegen.

Paris, 23. August. (Eigener Bericht.)

In der heutigen Morgenpresse aller Richtungen wird bestätigt, daß sich der heutige Ministerrat u. a. auch mit der Rheinlandfrage und den politischen Auswirkungen des französisch-englischen Flottenabkommens beschäftigen dürfte.

## Antifranzösische Demonstrationen in Rom

Paris, 22. August. (Eigener Bericht.)

Die Heimkehr der italienischen Studenten, die an den internationalen olympischen Spielen in Paris teilnahmen, gab, wie die Agence Havas aus Rom meldet, zu stürmischen antifranzösischen Kundgebungen in den Straßen der italienischen Hauptstadt Veranlassung. Gleich nach der Ankunft der Studenten durchzog ein großer Zug studentischer Manifestanten die Stadt. Auf der Piazza Colonna hielt der Generalsekretär der faschistischen Partei Turati eine Rede voll heftiger Ausfälle gegen Frankreich und Paris. Er erklärte u. a., die Franzosen hätten das Lateinische in ihrem Ursprung verfallen. Frankreich könne heute die Schande für sich in Anspruch nehmen, alle Pflichten der Gastfreundschaft mit Füßen getreten zu haben, und die Zeit werde kommen, in der sich die faschistische Zivilisation mit anderen Zivilisationen auseinandersetzen werde. Das Schicksal werde den Sieg den jungen und nicht den alt gewordenen Völkern zuteilen.

## Wieder eine faschistische Bombenkomödie

Eine Bombe explodiert im Lütticher italienischen Konsulat

Brüssel, 22. August. (Eigener Bericht.) In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch explodierte im italienischen Konsulat in Lüttich eine Bombe. Personen wurden nicht verletzt; der Sachschaden ist gering. Es wird allgemein angenommen, daß das Attentat als faschistisches Manöver zu betrachten ist, um das Interesse der Öffentlichkeit von der Gestalt der faschistischen Polizeispitze abzulenken.

## Zentrumsfinanzwirtschaft

Zum Bankrott der Stadt St. Ingbert

Saarbrücken, 22. August. (Eigener Bericht.) Der Bankrott des Städtchens St. Ingbert geht auf Kosten der zentralistischen Verwaltung und ihres wahren Stadtrats. Er ist in erster Linie auf den Leiter der Stadtparkasse, Finanzrat Pircher, zurückzuführen. Pircher hat eine Kontrolle der Kasse dadurch unmöglich gemacht, daß er eine ganze Reihe von Kartoffelkarten einfach auf die Seite schaffte. Er ist fristlos entlassen und bei der Staatsanwaltschaft angezeigt worden. Von seiner Verhaftung wurde vorläufig wegen Erkrankung Abstand genommen. Auch der Stellvertreter des Finanzrats Pircher ist inzwischen entlassen worden.

Saarbrücken, 22. August. (Eigener Bericht.) Das Schicksal St. Ingbergs bildete am Mittwoch den Gegenstand längerer Beratungen der Regierungskommission. Man kam überein, der Stadt finanzielle Hilfe angedeihen zu lassen.

## Wirtschaft

### Ist die Kohlenverflüssigung rentabel?

Der englische Kohlenfachmann Dr. S. Chatwell beschäftigt sich in interessanter Weise mit der Frage, ob die deutschen Kohlenverflüssigungsverfahren nach Fischer und Bergius rentabel seien. Er stellt den hohen Benzingehalt des Bergiusfest, bemerkt aber, daß man bei der großtechnischen Durchführung des Bergiusverfahrens die hohen Kosten der Apparaturen und den Gestehungspreis des zur Verwendung gelangenden Wasserstoffes berücksichtigen müsse. Bei dem Fischerischen Verfahren (mit dem man einen flüchtigen Brennstoff, das bekannte Synthol, dann aber auch einen Stoff gewinnt, der ebenso wie rohes Öl aus leichten und schweren Wasserstoffen und festem Paraffin besteht), seien die erforderlichen Betriebsbedingungen wesentlich einfacher. Der Preis werde jedoch sowohl bei dem Syntholprozess als auch bei der Durchführung der Erdölhydrolyse durch die Notwendigkeit einer sorgfältigen Säuberung des Wasserstoffes und durch die etappenweise Gestaltung des Arbeitsganges verteuert. Wörtlich bemerkt Chatwell:

„Es ist schwierig voranzusehen, in welchem Umfange die für Durchführung des Bergiusverfahrens erforderlichen Apparaturen vereinfacht werden können. Immerhin sind hinsichtlich der Wasserstoffherzeugung erhebliche Fortschritte erreicht worden. Die Gase, die die Apparatur verlassen, enthalten 70 bis 75 Prozent Wasserstoff und 25 bis 30 Prozent gasförmige Kohlenwasserstoffe. Durch ein neues rationelles Verfahren kann die gesamte, in diesem Kohlenwasserstoff enthaltene Menge Wasserstoff freigesetzt werden, sodas ein großer Teil der für die Kohlenverflüssigung erforderlichen Menge Wasserstoff aus der Steinkohle selbst gewonnen werden kann. Durch diesen wichtigen Fortschritt ist das Bergiusverfahren in ein Stadium getreten, in dem es in großtechnischem Umfange durchgeführt werden kann.“

Obwohl nach Schätzung Chatwells beim Bergiusverfahren anfänglich die Gesamtspanne nicht sehr erheblich sein wird, könne man doch damit rechnen, daß die unermüdlichen Bestrebungen Bergius und seiner Mitarbeiter, die Verfahren zu vereinfachen und zu verbilligen, schon in kurzer Zeit von Erfolg gekrönt sein werden. Eine weitere Rationalisierung des Bergiusverfahrens bedeutet aber nach Chatwells Meinung keinesfalls, daß die Fischerische Erdölhydrolyse nicht rentabel durchgeführt werden könne. Das wichtige Gebiet der Kohlenhydrolyse, die sich im Laufe der Zeit zu einem außerordentlich wichtigen Industriezweig entwickeln werde, läßt Raum für verschiedene Hydrolyseverfahren; allerdings könne man nach dem bisherigen Verfahren nicht voraussetzen, welches Verfahren sich am rentabelsten gestalten werde.

## Berücksichtigt beim Einkauf unsere Inserenten!



## Breslauer Nachrichten

Breslau, den 23. August 1928.

### Panzer und Parolen

Es ist doch seltsam, wie leicht bei uns führende Genossen über die Sünden anderer stolpern und zu Falle kommen können. So war es z. B. beim Kapp-Putsch. Andere haben gepöbelt und gemordet, hinterher aber richtete sich der Zorn der Massen, mehr oder weniger berechtigt, aber doch hauptsächlich gegen führende Männer unserer Partei, weil sie die Dinge nicht genügend vorausgesehen hatten, und somit auch den Putschisten nicht schon genug entgegengetreten waren. In der Panzerkreuzerfrage ist es ähnlich. Der heutigen Regierung, und vor allem unseren regierenden Genossen, wäre es sicher nicht in den Sinn gekommen, Panzerkreuzer zu bauen. Wozu auch, Kriegerischen Wert haben sie nicht, wenigstens bei uns nicht, da schwerere Kriegsschiffe nicht hinter ihnen stehen. Zum Küsten- und Fischereischutz im Frieden aber genügen kleinere und weniger kostspielige Schiffe. Immerhin wären eine Anzahl Panzerkreuzer geeignet, gewissen Kreisen die Möglichkeiten zu vergrößern, Weltreisen durch alle Meere zu geben. Und die deutschnationalen „Staatsmänner“ werden in der Hoffnung, daß ihre Herrlichkeit von Dauer sein würde, wohl beabsichtigt haben, auf dem Panzerschiff, strahlend wie Lohengrin, in den Hauptstädten ferner Küstenländer aufzutreten. So hat die Regierung des Bürgerblocks den Bau beantragt, und der Bürgerblock selbst hat ihn gegen die Stimmen unserer Genossen beschloffen.

Wir haben gehofft, daß unsere inzwischen zur Regierung gekommenen Genossen die Ausführung des Bürgerblockbeschlusses verhindern würden; sie haben das leider nicht getan, sondern sich auf den formalen Standpunkt gestellt, daß der Beschluß ordnungsmäßig zustande gekommen sei. Das war eine Sünde wider den Geist, wider unseren Geist, und das wird mit recht als eine der schwersten Sünden empfunden. Verger und Empörung in unseren Reihen sind berechtigt, und selbst wenn ein Genosse bei seiner Kritik mit Worten zu weit geht, ist das kein Fehler. Es kann gar nicht deutlich genug zum Ausdruck gebracht werden, daß Sozialismus zugleich auch Antimilitarismus ist. Neuen Küstungen gilt es auch in den kleinsten Anfängen zu widerstehen. Die Parteigenossen und Genossinnen im ganzen Reiche sind sich mit dem Parteiauschuß und der Reichstagsfraktion einig in der Verurteilung des großen Fehlers der regierenden Genossen, die auch diesmal über fremde Sünden gestolpert sind.

Nun haben die Kommunisten aus diesem Anlaß einen neuen Parolenkrieg gegen unsere Partei angefangen. Für besonders zugkräftig halten sie die Parole einer Volksabstimmung. Da aber auf die Kommunisten wie auf keine andere Partei das Bibelwort zukommt: „Wollen habe ich schon, aber vollbringen das Gute vermag ich nicht“, wird es zu einer Volksabstimmung nicht kommen. Nicht aus Geldmangel, denn Moskau hat Geld für Wählerreien gegen Sozialisten im Auslande, sondern weil einer Volksabstimmung, von den Kommunisten veranlaßt, mit einer schweren Blamage enden müßte. Wir haben in Deutschland bisher eine Volksabstimmung gehabt und zwar über die Fürstena-bstimmung. Sie war vergeblich, und nicht wenige unsere Genossen sind davon überzeugt, daß wir damals nur beim Volke nicht durchgedrungen sind, weil wir die Kommunisten zur Seite hatten. Die Kommunisten haben durch die Art ihrer Agitation der Bewegung gegen die Fürstenthümer schwer geschadet. Dabei handelte es sich damals um Milliarden, die den Fürsten nachgeworfen werden sollten, beim Panzerkreuzer immerhin nur um Millionen. Und das Fürstengeld wurde ganz müßig weggeworfen, ging größtenteils sogar ins Ausland, während sich wenigstens ein Teil des Panzerkreuzergeldes im Arbeitslohn umsetzt. Wie wäre es aber, wenn uns Russland den Panzerkreuzer abkaufte, da wir ihn nicht brauchen können? In Russland ist man doch zur Zeit für die „rote Marine“ genau so begeistert, wie ehemals im kaiserlichen Deutschland für die „blauen Jungs“. Das wäre vielleicht die beste Lösung, wir würden uns zu diesem Zwecke gern mit den Kommunisten in eine „Einheitsfront“ stellen.

Doch die Parole von der Volksabstimmung wird in kurzer Zeit von einer anderen Parole abgelöst werden, ohne daß etwas Besonderes geschehen wäre. So war es da drüben immer, so wird es auch bleiben. Der Kampf gegen neue Rüstungen, der Kampf gegen nationalpolitische Spielereien mit blanken Stahlschiffen ist unser Kampf! Die Hoffnung auf Spaziersfahrten in fernem Meeren wird am Ende von der sozialdemokratischen Arbeiterkassette zerschanden gemacht werden, auch wenn Hindenburg dafür begeistert ist. Darum fest zur Partei gestanden, auf daß niemals wieder ein Bürgerblock in die Lage kommt, neue Panzerbauten zu beschließen!

### Anmeldung zur weltlichen Schule

**Achtung!** Eltern, die Ihre Fernanfänger für Okt. 1928 haben, meldet eure Kinder sofort in einer weltlichen Schule an!

**Fernanfängerklassen sind:** Kleischlaustraße, Matthiasstraße 112, Pöschelstraße, Uferstraße, Ofener Straße, Lehmgrabenstraße, Sauerbrunnen, Reichstraße, Andersenstraße, Pöjener Straße, Krüschlestraße. Neue Klassen sollen kommen in die Siedlungen Zimpel und Pöpelwitz. Das Anmelden muß bei folgenden Schulleitern von 11 bis 1 Uhr bis 1. Oktober geschehen:

1. Gabriel, Weinstraße 24, III.
2. Kaufmann, Pöjener Straße 12, zweites Haus parterre.
3. Pietzsch, Ofener Straße 56, II.
4. Enders, Trebnitzer Straße 42, I.
5. Taube, Andersenstraße 58.
6. Feljen, Krüschlestraße 3.

**Geht bald und wartet nicht bis auf die letzten Tage!**  
Auch Ummeldungen der schon in die Schule gehenden Kinder sind dort vorzunehmen!

**Sonntagsrückfahrkarten.** Zur Erleichterung des Besuchs der Stadt Aßen werden demnächst bei der Fahrkartenausgabe Breslau Hbf. Sonntagsrückfahrkarten 3. und 4. Klasse nach Culmitzau ausgegeben.

## Die Breslauer Bauhütte

In einem immer steigenden Maße haben sich die Selbsthilfeorganisationen der Arbeiterschaft entwickelt. Konsumverein und Volksfürsorge sind jedem organisierten Arbeiter vertraute Einrichtungen, auch der Arbeiterbank wendet er neuerdings ein stärkeres Interesse zu, nur die Bauhüttenbewegung scheint er noch nicht in ihrer überaus großen Bedeutung erkannt zu haben. Und doch ist es eine Organisation, die nicht nur einen immer größeren Umfang genommen hat, sondern durch den Siedlungs- und Wohnungsbau auch die Arbeiterschaft interessieren muß.

eines Teiles der Grundstücke mit vorbildlichen Arbeitsräumen neu geschaffen. In der Hochaison beschäftigt die Bauhütte Breslau weit über 500 Mann, in den Büros sind 16 technische und kaufmännische Angestellte tätig.

Die Auftraggeber der Breslauer Bauhütte setzen sich aus den Kreisen der Gemeinnützigen Siedlungsvereinigungen, sämtlichen Breslauer Behörden und zahlreichen Privatbauherren zusammen. Seit ihrem Bestehen hat die Bauhütte Breslau bisher 844 Wohnungen erstellt. Außerhalb

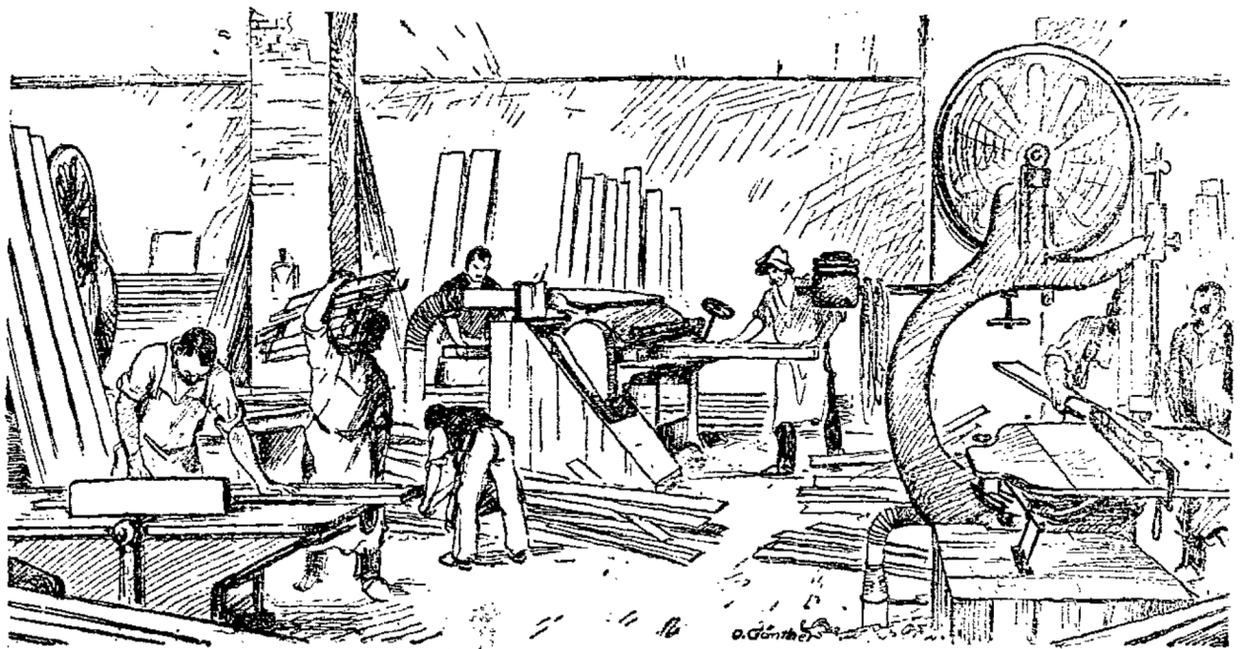


**Bauhütte!** Wer kennt sie? Wer weiß etwas von ihrem mühsamen Aufbau inmitten eines kapitalistischen Konkurrenzkampfes? Aus dem erbitterten Kampfe, den Arbeitgeber-Organisationen gegen diesen Zweig der Genossenschaftsbewegung führten, ermittelte man ihre Bedeutung für die Verbraucherschaft. Will sie doch nichts Geringeres, als breiten Massen Wohnungen zu erträglichen Mietpreisen zu schaffen. Sie ist also damit auch eine Art Konjunktionsgesellschaft.

Die Bauhütte Breslau G.m.b.H. wurde bereits im Jahre 1920 gegründet. Gestützt von einer Anzahl freier Gewerkschaften Breslaus, konnte sie bald die Anfangsschwierigkeiten überwinden und steht heute nach Zahl der Beschäftigten, nach Auftragsbestand und Bestühmern mit an erster Stelle der deutschen Bauhüttenbewegung überhaupt. Unter den 15 schlesischen Bauhüttenbetrieben ist sie die größte und leistungsfähigste Gründung.

öffentlichen Gebäuden hat sie erst vor kurzem den Neubau der großen Friedrich-Ebert-Schule in Zimpel vollendet. Die Errichtung einer Kraftwagenhalle auf dem Straßenbahnhof Ofener Straße, das Wirtschaftsgebäude auf dem Friedhofe in Cosel, der Um- und Ausbau der Eichenhorst-Oberrealschule und die Ausführung zahlreicher Tischlerarbeiten für Neubauten sind zu einem Teil vom Magistrat Breslau erteilte Aufträge.

Für die staatliche Hochbauverwaltung wurden in den letzten Jahren ausgeführt: der Um- und Erweiterungsbau des maschinentechnischen Laboratoriums der Technischen Hochschule, die Beton- und Eisenbetonarbeiten für den Neubau der Kinderklinik, das Betriebsgebäude auf Bahnhof Maschern und das Akkumulatorenhaus auf Bahnhof Oderort. Ebenso wurden eine Anzahl von Arbeiten für die Reichsbahn- und Oberpostdirektion, wie für das Reichsbauamt hergestellt. Das große



Die Stolze Straße draußen im Ohlauer Tor, gegenüber der Königin-Luise-Gedächtniskirche, ist ihr Besitztum, gehören doch ihr sämtliche zu beiden Seiten der Straße gelegenen Grundstücke, die den statlichen Wert von etwa 600 000 Mark präsentieren. Auf vier Grundstücken befinden sich die in den Jahren 1926 und 1927 neu erbauten Wohnhäuser, eine Reihe moderner, ebenso geschmackvoll wie zweckmäßiger stabiler Bauten. Hier sind neben dem gesamten Bürobetrieb der Bauhütte noch über 30 Wohnungen untergebracht. In gleicher Flucht befinden sich auf einem noch un bebauten Gelände die Lager- und Stapelplätze für Baumaterialien, Gerüste usw.

Gegenüber den Wohnbauten liegt das große Gebäude der Holzbearbeitungsfabrik. Hier werden vornehmlich Fenster und Türen wie auch die Innenaussichten für die Neubauten hergerichtet. Im Erdgeschoß liegen die großen, hellen Maschinenräume. 25 moderne Holzbearbeitungsmaschinen haben hier Aufstellung gefunden: Bandsägen, Hobel- und Abrichtmaschinen, und unter den Spezialmaschinen sieht man auch Pug- und Kettenfräsmaschinen. In einem anschließenden Raum liegt die große Werkstatt für Zimmerer und Anschläger. Im ersten Stock aber arbeiten gegen 30 Bauhütler, all die Holzarbeiten verrichtend, die notwendiger Bestandteil zu jedem Hause sind. Auch eine kleine Schmiede ist dem Werkstättenbetriebe hier angegliedert. Ein neues Werkstattgebäude für die Unterbringung einer Schlosserei und Schmiede wird jetzt auf dem Hintergelände

Lagerhaus der GGG. an der Siebenhufener Straße wird ebenfalls von der Bauhütte errichtet.

Das Stammkapital beträgt zurzeit 75 000 Mark. Hauptgesellschafter ist die Breslauer Zahlstelle des Deutschen Bauwerksbundes. Nach der Bilanz aus dem Jahre 1927 betrug der Jahresumsatz anderthalb Millionen Mark. Der Wert des Warenlagers beziffert sich auf eine Viertelmillion Mark. Den letzten Beweis für die Entwicklung und das wirtschaftliche Arbeiten des Betriebes bieten die erst nach der Inflation erworbenen Vermögenswerte. So ist dank einer weltlichen Geschäftsleitung erreicht worden, daß die Breslauer Bauhütte mit großem Erfolge den Kampf mit den Privatfirmen aufnehmen und bestehen konnte. Ein äußerst wichtiger Faktor, der nur zu leicht und oft übersehen wird, ist, daß diese Gemeinbetriebe heute eben erst Inseln in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sind.

In ganz Deutschland gibt es heute schon rund 150 Bauhütten, in Schlesien allein 15. Sämtliche Bauhütten sind in dem Verband sozialer Baubetriebe, Hamburg, sich Berlin, zusammengeschlossen. In den einzelnen Provinzstädten befinden sich Zweigvereinigungen des Verbandes.

So gehören heute die Bauhütten mit zu den großen gemeinwirtschaftlichen Betrieben, die im Gegensatz zu der privaten Profitwirtschaft die Förderung des allgemeinen Wohles erstreben.



# Arbeit und Wirtschaft

## Aus der Werkstatt des ADGB.

Das Jahrbuch 1927

Im Hinblick auf den Hamburger Gewerkschaftstourenzug in der ersten Septemberwoche ist das Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes für 1927 mit seinen 342 Seiten umfangreicher ausgefallen als sonst. Das Jahrbuch gibt zunächst einen Überblick über die Entwicklung der deutschen Wirtschaft, über die Wirtschaftspolitik, die Wirtschaftspolitik und Finanzpolitik im Reichswirtschaftsrat, die Handelspolitik, über den Stand der Wirtschaftsentwicklung, die Steuerpolitik und die Entwicklung des Arbeitsmarktes. Das Geheiß über Arbeitsvermittlung und Arbeitsversicherung wird eingehend erörtert, während das Verhältnis zwischen Sozialpolitik und Unternehmer kurz aufgegriffen wird. Ausführlicher wird der Kampf um den Achtstundentag behandelt, in welchem Abschnitt die tatsächliche Befristung der Arbeitszeit auf Grund der Erhebungen des ADGB dargestellt wird. Ende September 1927 arbeiteten 6,4 Prozent der Beschäftigten weniger als 48 Stunden, 38,6 Prozent 48 Stunden und darüber hinaus 22,2 Prozent bis zu 54 Stunden, 19 Prozent 54 Stunden und 33 Prozent über 54 Stunden. Auch über die Beratungen des Reichswirtschaftsrates zur Regelung der Arbeitszeit im Rahmen des Arbeitszeitgesetzes wird berichtet. Ferner über die Sozialpolitik im Reichswirtschaftsrat bezüglich der gewerblichen Berufskrankheiten, der Ausdehnung der Unfallversicherung, des § 7 der Arbeitszeitverordnung, der Bestimmung der Gehaltsgrenze im Handelsgesetzbuch und in der Gewerbeordnung sowie der Höchstzahlen für die Lehrlingszahl im Handelsgewerbe. Der Abschnitt über

423 059, der Baugewerksbund mit 402 252, der Verkehrsbund mit 351 435, die Textilarbeiter mit 300 070, die Holzarbeiter mit 293 895, die Eisenbahner mit 233 268, die Gemeinde- und Staatsarbeiter mit 228 522, die Bergarbeiter mit 194 740 und die Landarbeiter mit 152 880 Mitgliedern.

Die Gewerkschaften hatten 1927 eine Einnahme von einhundertzweiundachtzig und eine vierzig Millionen Mark (182 252 326). Allein an Zinsen nahmen sie 3 563 279 Mk. ein. Ausgegeben wurden für Reichsunterstützung 437 164 Mk., für Arbeitslosenunterstützung 14 681 555 Mk., Krankenunterstützung 17 892 547 Mk., Invalidenunterstützung 2 070 451 Mk., Sterbegeld 2 711 095 Mk., Unfalls-, Unfall- und sonstige Unterstütlungen 2 370 917 Mk., Rechtschutz 652 254 Mk., insgesamt 40 955 984 Mk.

## Der Kampf in der Herrenkonfektion

Vor der Aussperrung?

Die Streikbewegung in der Herrenkonfektion hat bereits auf der ganzen Linie eingeeckelt. Nach außen hin tritt das nur deshalb nicht so rasch in Erscheinung, weil die Heimarbeitler erst noch fertige und halb fertige Waren abliefern. Jedenfalls ist bis Donnerstag an den Hauptplätzen der Herrenkonfektion die Bestreitung der namhaften Betriebe durchgeführt.

Die Arbeitgeber treten, wie verlautet, im Laufe der Woche in Berlin zusammen, um zur Situation Stellung zu nehmen. In den Kreisen der Arbeitgeber geht man bereits ernsthaft mit dem Gedanken der Aussperrung um. Man hat sich in eine Sadgasse hineingemauert. Auf der einen Seite hat man die Ablehnung der Verbindlichkeit des Schiedspruches mit Drohungen und Zwängen erzwungen. Auf der anderen Seite greift der Streik gerade die namhaftesten Betriebe an, d. h. also vor allem auch die Betriebe der führenden Persönlichkeiten im Arbeitgebetverband. Es ist kaum anzunehmen, daß die Arbeitgeber noch im letzten Augenblick zurückweichen. Jedenfalls wird im Laufe der Woche die Entscheidung darüber, ob Aussperrung oder nicht, fallen.

Die Stimmung unter den Streikenden ist vor allem im Lande draußen gut. In Stettin, Frankfurt a. M., Mainz und anderen Großkonfektionsplätzen ist die Haltung vorzüglich. Am wenigsten einheitlich und deshalb am wenigsten einflussvoll ist sie in Berlin. Warum? Weil hier nicht weniger als fünf Organisationen vorhanden sind und — man muß es offen aussprechen — manche Leute bei den nicht freigewerkschaftlichen Verbänden im Augenblick scheinbar nichts Besseres zu tun wissen, als ohne viel Überlegung auf den Reichsarbeitsminister Wiffell loszugehen. Diefelben Leute, die sonst immer gegen das Schlichtungswesen wettern, und die eigentlich die Gelegenheit, in einer Streikbewegung den Arbeitgebetern einen gehörigen Dankschreiben zu verabschieden, mit Freuden ergreifen müßten, machen dem Reichsarbeitsminister Vorwürfe, daß er den Spruch nicht sofort für verbindlich erklärt hat. Gerade die Leute, die die Gewerkschaften nicht als „Unterstützungsvereinigungen“, sondern als reine Kampfverbände haben wollen, sollten doch froh darüber sein, daß in freier Bewegung die Arbeitnehmer in der Herrenkonfektion sich ihr Recht und einen besseren Lohn herausholen. Das wird umso leichter und schneller erfolgen, je geschlossener die Arbeitnehmerschaft vorgeht. Berlin gibt leider, im Gegensatz zur Haltung der Arbeitnehmer im Reich, ein wenig erfreuliches Vorbild. In mancher Berliner Versammlung wird über alles Mögliche geredet und geschwätzt, nur nicht über das, worauf es im Augenblick ankommt: klare Erkenntnis der Situation, traufte Zusammenfassung der Kräfte und zielbewusstes Vorgehen unter der Leitung des freigewerkschaftlichen Verbandes, der allein die Bewegung führen kann. Wie bei jeder Bewegung in Berlin, so tun sich natürlich auch bei dem Streik in der Herrenkonfektion die kommunikativen Elemente wenig rühmlich hervor. Das ist vor allem der linkskommunistische Bekleidungsindustrieverband; er ist eine kommunikativer Gründung aus der Zeit, da Mostau die Parole ausgab: „Aus aus den Gewerkschaften!“ Die Organisation hängt heute sozusagen in der Luft und legt sich stark aus politisch indifferenten Elementen zusammen.

Berlin ist gottseidank nicht das Reich. Die Bewegung im Reich hat Kraft und Sdymung. Die große Masse der Herrenkonfektionsarbeiter und -arbeiterinnen ist erfüllt von starkem Vertrauen auf die Leitung des freigewerkschaftlichen Verbandes und getragen vom Bewußtsein, für eine gute Sache zu kämpfen. Die Arbeitgeber müssen sich darüber im Klaren sein, daß die Arbeitnehmerschaft unter das, was der Schiedspruch bereits gebracht hat, unter keinen Umständen heruntersinken wird. Was unter dem Druck der Arbeitgeber das Reichsarbeitsministerium zu geben sich nicht entschließen konnte, wird im freien offenen Kampfe herausgeholt werden.

In Breslau hat der Streik bei den gestern genannten Firmen heute früh eingeeckelt. Näheres kann erst der Generalappell zeigen, der für heute vormittag 10 Uhr angesetzt war, worauf wir dann morgen Näheres berichten können.

## Lohnbewegung im Bädergewerbe

Die in den Breslauer Großbetrieben beschäftigten Bädergewerkschaftler und -arbeiterinnen haben in einer am Sonntag stattgefundenen Versammlung beschlossen, das laufende Lohnabkommen zu kündigen und neue Forderungen einzureichen. Am Dienstag, den 21. August, haben die in den Innungsbetrieben beschäftigten Gesellen, denselben Beschluß gefaßt. Die Breslauer Bäder sind im Verhältnis zu vergleichbaren Städten mit ihren Löhnen sehr weit zurück. Die Löhne reichen nicht aus, um den notwendigen Bedarf zu decken. An irgendwelche Ersparnisse ist garnicht zu denken, die Bäder hätten aber einen Notgroßen sehr notwendig. Die Arbeitsgelegenheit ist sehr ungenügend. Eine weit über den Bedarf des Notwendigen hinausgehende Lehrlingshaltung, schafft eine große Arbeitslosigkeit. Die Anwendung der modernsten technischen Erzeugnisse in den Großbetrieben schafft eine außerordentliche Intensivität der Arbeitsleistung. Man ipart noch, die Arbeitskräfte und nimmt dafür Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. Die Arbeitsleistungen sind mit der in anderen Berufen üblichen Akkordarbeit zu vergleichen. Nicht vergleichbar ist allerdings die Arbeitsbezahlung.

Der technische Fortschritt macht sich auch noch in anderer Form bemerkbar. Es werden immer mehr Aushilfsbäder eingestellt. Diese Kräfte werden nur für bestimmte Tage beschäftigt, hinundwieder auch ein mal eine ganze Woche. Da der Betrieb ein Interesse hat, möglichst dieselben Arbeitskräfte wieder zu haben, werden die Aushilfsarbeiter stets wieder bestellt und so bildet sich ein Stamm jester Aushilfsarbeiter heraus. Diese Kräfte kommen dadurch in den arbeitslosen Tagen auch zu keiner Unterstützung bei der Arbeitslosenversicherung. Sie hoffen stets, einmal fest eingestellt zu werden, aber das übergroße Angebot an Arbeitskräften schafft immer wieder neue Aushilfskräfte, jedoch jeder sich angestrich

ten Unterstütlungen: Die Lohnsätze kosteten 11 358 288 Mk., die Verbandsbeiträge 5 964 577 Mk. und für Bildungszwecke wurden 2 869 574 Mk. aufgewandt. Die Einnahmen pro Kopf der Mitglieder schwankten zwischen 19,78 Mk. (Lohnarbeiter) und 123,93 Mk. (Buchdrucker); die Ausgaben zwischen 16,92 (Feuerwehrmänner) und 86,87 Mk. (Buchdrucker).

Die Gewerkschaftspressen umfassen außer den 36 Verbandsorganen, von denen eines wöchentlich zweimal, 27 wöchentlich sechs zweimal und zwei einmal monatlich erscheinen, und zwar insgesamt in einer Auflage von 4 685 990, 13 Branchenorgane (Auflage 242 300), 15 Fachorgane (369 140), 13 Jugendorgane (433 800) und 21 Spezialorgane mit 1 243 470 Auflage. 55 sind selbständige Organe (3 569 760), 13 sind Beilagen (1 401 940). Die Blätter sind im einzelnen aufgeführt.

Auf die Statistik der Ortsausschüsse, deren Tätigkeit und Einrichtungen kommen wir noch zurück, auch auf die Unternehmungen der Gewerkschaften.

Die Bundeskasse bilanziert mit 2 512 012,18 Mk. und hatte einen Bestand von 889 471,02 Mk. Im Bureau des Bundes sind sieben belodete Vorstandsmitglieder, 21 Angestellte und 11 Hilfskräfte tätig, im Außendienst 12 Bezirkssekretäre.

Das Jahrbuch bietet ein getreues Bild der emigen, erfolgreichen Tätigkeit, die in den einzelnen Verbänden, den Ortsausschüssen, Bezirksleitungen und im Bundesbureau geleistet wird. Das Jahrbuch ist in der Verlagsgeellschaft des ADGB, Berlin S 14, Inselstraße 6a erschienen. Preis 7 Mk. gebunden, 5,85 Mk. broschiert; Organisationspreis 5,30 Mk. bzw. 4,40 Mk.

die Entwicklung des Arbeitsrechts enthält das Material zur Frage der Tariffähigkeit und des Begriffs der „wirtschaftlichen Vereinigung“, der keinen Raum für „wirtschaftsfeindliche“ Vereinigungen läßt, und zeigt den Stand des Tarifrechts und des Schlichtungswesens.

Die folgenden Abschnitte sind dem Betriebsratwesen gewidmet und der Lohnpolitik der Gewerkschaften. Die „wichtigsten Lohnzulagen“ werden berührt und dabei die Rolle der Kommunitäten, die hieraus eine Paroleparole schmieden, gekennzeichnet. Die Lohnpolitische Diskussion mit dem Unternehmer wird unter Hinweis auf das Material erwähnt und an die Verschärfung des Kampfes durch Aussperrungen und Ausbau der Streikversicherung der Unternehmer erinnert. Wie es mit dem „Zwangstarif“ steht, wird sowohl an den spärlichen amtlichen Ziffern wie an den Bewegungen in einzelnen Industrien gezeigt. Mit nicht misszuverstehender Deutlichkeit wendet sich der Bericht gegen die Übung im amtlichen Schlichtungsverfahren, „Sachverständigenkommissionen“ zur Untersuchung der wirtschaftlichen Lage des jeweiligen Industriezweiges einzusetzen, wodurch mit Sicherheit eines erreicht wird, die Verbesserung der Lohnbewegungen. Unter ganz besonderen Umständen mag eine Untersuchung notwendig sein, denn gegen eine Verallgemeinerung müßten die Gewerkschaften entschieden Front machen.

Lohnbewegungen, die sich auf die Lohnsätze stützen, geben ein Bild über die tatsächlichen Lohnverhältnisse. Dazu sind am 1. Erhebungen notwendig, die trotz des Widerstandes der Unternehmer durchgeführt werden müssen.

Dem Kapitel: Statistik der Lohnbewegungen,

### Streiks und Aussperrungen.

entnehmen wir, daß im Jahre 1927 insgesamt 14 367 Bewegungen in 737 387 Betrieben mit 16 046 193 beschäftigten Personen geführt wurden, waren 14 932 149 Personen (darunter 4 174 520 weibliche) an der Durchführung dieser Bewegungen beteiligt waren. Einen friedlichen Verlauf nahmen 12 930 Bewegungen mit 14 116 487 Beteiligten, d. h. 94,5 Prozent, während es in 1387 Fällen mit 632 322 Beteiligten (davon 171 614 weiblichen) zu Arbeitseinstellungen und Aussperrungen kam. Aussperrungen waren darunter in 166 Fällen zu verzeichnen mit 311 247 Personen, wovon 133 756 Frauen.

Erreicht wurde eine wöchentliche Arbeitszeitverlängerung für 2 138 849 Personen von 752 204 Stunden pro Woche und eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 2,54 Mk. wöchentlich für 7 332 416 Arbeiter und eine solche von 1,56 Mk. für 2 783 357 Arbeiterinnen, neben sonstigen Verbesserungen für 4 080 534 Personen. Daneben wurde für 18 085 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von wöchentlich 100 645 Stunden abgewehrt und eine Lohnföhrung für 111 862 Personen von durchschnittlich 2,18 Mk. pro Woche verfehlt; außerdem sonstige Verschlechterungen für 202 588 Personen. Dagegen mußte für 264 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von wöchentlich 7874 Stunden in Kauf genommen werden und eine Lohnföhrung für 31 514 Personen von durchschnittlich 3,63 Mk. in der Woche nebst sonstigen Verschlechterungen für 2595 Personen.

Tarifverträge wurden in 1677 Fällen für 2 348 301 Personen abgeschlossen, in 2652 Fällen mit 5 034 820 Personen der Tarifvertrag verlängert und in 2097 Fällen mit 5 566 028 Personen ein Nachtrag vereinbart. Bemerkenswert ist auch die Statistik der Tariflöhne.

Besondere Abschnitte sind dem Arbeitsjahr der Gewerkschaften, dem Bauarbeiterstreik, der Sozialversicherung, dem Arbeiterinnen- und Mutterstreik gewidmet, denen die über Bildungswejen, Lehrlingswesen, Jugendstreik und Jugendorganisation folgen.

### Die Verwaltungsreform in den Gewerkschaften.

die sich auf die Vereinfachung der Beitragsleistung und des Unterstütlungswesens erstreckt, hat gute Fortschritte gemacht. Die Arbeitslosenunterstützung der Verbände soll trotz gesetzlicher Verschärfung beibehalten und die Arbeitslosen-, Kranken- und Reiseunterstützung zu einer einheitlichen Erwerbslosenunterstützung zusammengefaßt werden.

In dem Kapitel der Konzentrationsbestrebungen ist der Beitrag zur Geschichte der Konzentrationsbewegung bemerkt.

Die Mitgliederbewegung befindet sich in einem erfreulichen Aufstieg, der auch in diesem Jahre noch anhält. Die Zahl der 38 Verbände ist auf 35 zurückgegangen, infolge der Verschmelzung der vier Verbände der Nahrungs- und Genussmittelindustrie zu einem Verband. Die Zahl der Zweigvereine der Verbände ist durch Zusammenlegungen von 15 484 auf 15 052 zurückgegangen. Ende 1917 wurden

### 4 415 689 Gewerkschaftsmitglieder

gezählt und zwar 482 754, d. h. 12,3 Prozent mehr als Ende 1926. Der Metallarbeiterverband hat eine Zunahme von 20,8 Prozent zu verzeichnen. Im Durchschnitt des Berichtsjahres hatten die Verbände 3 363 787 männliche, 660 561 weibliche und 135 872 jugendliche Mitglieder. Die folgenden fünf Verbände haben mehr weibliche als männliche Mitglieder: Buchbinder 66,6, Graphische Hilfsarbeiter 64,9, Hutarbeiter 64,6, Tabakarbeiter 76,3 und Textilarbeiter 58,7 weibliche Mitglieder. Außerdem haben die Bekleidungsarbeiter 47,5, die Nahrungs- und Genussmittelarbeiter 44,4 und die Schuhmacher 43,2 Prozent weibliche Mitglieder in ihre Reihen.

Von den Verbänden hatten 13 weniger als 25 000 Mitglieder, sechs über 25 000 bis 50 000, acht über 50 000 bis 100 000, und 10 über 100 000 Mitglieder. Die zehn größten Verbände, die allein 76,5 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder umfassen, waren die Metallarbeiter mit 815 888, die Fabrikarbeiter mit

bedürft, nur nicht den Vorgesetzten auf sich zu ziehen, indem er darauf drängt, daß er aus diesem Zustand des Hoffens und Hartens herauskommt. Ein Verdienst zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig.

Für diese Aushilfsarbeiter soll nun auch ein höherer Lohn festgelegt werden. Auch die Löhne für die Arbeiterinnen liegen in gar keinem Verhältnis zu den Leistungen, sie sollten in einem besten Verhältnis zu den Bädereigenen gebracht werden.

Die Unsicherheit im Arbeitsverhältnis, dazu die dauernde Steigerung an der Arbeitsleistung bei nicht ausreichenden Löhnen hat eine tiefe Verbitterung bei den beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen hervorgerufen. Es wird dadurch auch im Interesse der Arbeitgeber liegen, wenn sie bei den Verhandlungen über die Festlegung der neuen Löhne weitgehendst entgegenkommen zeigen, um die Arbeitsfreudigkeit in den Betrieben zu sichern.

Gesordert wird ein Grundlohn für Tafelarbeiter von 52 Reichsmark, für Ofenarbeiter und Leigmacher 5 Prozent Aufschlag, Hilfsarbeiter 10 Prozent Aufschlag, Arbeiterinnen 30 Prozent Aufschlag. Für Aushilfsarbeiter ein Schichtlohn von 10 Reichsmark. Für die Innungsbetriebe wird ein Spitzenlohn von 47 und 45 Reichsmark verlangt, sowie die Schaffung von zwei Größengruppen. Ebenso soll der Anstieg der Abschluß eines Rahmenvertrags unterbietet werden.

## Zum Isolierstreik

Der Streik der schlesischen, ober-schlesischen und der Lausitzer Isolierer ist infolge einer Vereinbarung vor dem Breslauer Schlichter beigelegt worden. Die Arbeit ist am 22. August aufgenommen worden. Die Kollegenhaft hat einen vollen Erfolg zu verzeichnen. Die heiß umstrittene Auslösung ist jetzt veranlaßt, daß am 1. Januar 1930 die Reichsauslösung in der Höhe von 5,60 RM. pro Kalenderjahr erreicht wird. Auch in den Zulagen für den Nahverkehr können erhebliche Verbesserungen aufgezeigt werden. Maßregelungen aus Anlaß des Streiks dürfen nicht stattfinden und der Streik gilt auch nicht als Unterbrechung des Arbeitszeitverhältnisses. Die Kollegen sehen also ihren Arbeitsanspruch aufrechterhalten. Der Kampf, der mehr als drei Wochen dauerte, war bei der eigenartigen Struktur des Isolierergewerbes nicht einfach. Immer wieder fanden sich hier und da in den Zuckerfabriken, Gruben und städtischen Betrieben Leute, die Kausierdienste verrichteten. Immer wieder mußten diese Leute über ihre interessenwidrige Art belehrt werden. Leider ist nicht immer die Belegschaft dieser Betriebe so auf der Höhe gewesen, um die unbedingte Solidarität mit den Streikenden zu üben.

Ein besonders trauriger Fall lag vor im Breslauer Rathaus-Umbau, wo von Seiten des städtischen Maschinenbauamts durch Heranziehen von Leuten aus städtischen Betrieben, und als das nicht mehr ging, durch Heranziehen anderer am Bau Beschäftigter versucht wurde, ersatzmäßig zu isolieren. Wenn das bei einer städtischen Behörde geschieht, ist das ganz besonders zu beachten. Wäre der Streik nicht jetzt beigelegt worden, hätten wir den Dingen natürlich weitere Aufmerksamkeit geschenkt. In den kleinen Provinzorten ist die Kontrolle noch bedeutend schwieriger.

Aus diesen Gründen heraus ist der Erfolg doppelt erfreulich und wir wünschen nur, daß die Isolierer aller Gegenden in Schlesien und der Lausitz künftighin nicht nur so, sondern noch viel besser zusammenhalten, als das leider hier und da noch der Fall ist.

Baugewerksbund, Bezirk Breslau.

Die arbeiterfreundlichen Blätter Nieder- und Oberschlesiens bitten wir um Nachdruck.

## Larifkündigung im Waldenburger und Neuroder Bergrevier

Am Sonntag tagte in Waldenburg eine Konferenz sämtlicher Funktionäre des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands einschließlich der Untertarrier. Dieser Konferenz war bereits eine solche für das Neuroder Revier vorausgegangen. Zum ersten Punkt der Tagesordnung gab Bezirksleiter Konrad Hoffmann eine Uebersicht über die Entwicklung der Löhne seit der letzten Lohnbewegung. Daraufhin wurde die Kündigung des Lohnvertrages beschlossen. Folgende Forderungen sollen an die Unternehmer des niederschlesischen Bergbaus gestellt werden:

1. Erhöhung der Tariflöhne für alle Gruppen der Lohnordnung um 15 Prozent.
2. Besondere Berücksichtigung der Arbeiter unter zwanzig Jahren.
3. Gleichstellung der Handwerker mit den Zimmerbauern.
4. Ausgleich in den Löhnen der Kohlearbeiter.
5. Beilegung der Lohnpanne in der Gruppe E der Lohnstafel bei den Arbeitern von 20 bis 24 Jahren.
6. Erhöhung des Mindestlohnes, gleich Zimmerbauernschichtlohn plus 10 Prozent.
7. Erhöhung des Wassergeldes auf durchschnittlich 50 Pf. Näherer Bericht folgt.

### Für die Thüringer Zementindustrie

finden heute in Erfurt Schlichtungsverhandlungen statt, die sich mit Lohn-, Arbeitszeit- und Manteltariffragen befassen. Arbeitszeitverhältnisse bestehen vor allem in dem Zementwerk Göschwitz, wo die Verleistung am Zweifelschichtsystem festhalten möchte. Hier hat die Leitung auch versucht, mit den Gesellen einen Werkstarif abzuschließen, für den sie bezugnehmendweise größere Zugeständnisse machte als gegenüber den freien Gewerkschaften. Das Tarifexperiment mißlang jedoch.

Der Vorstand des Internationalen Berufssekretariats der Lehrer, das seinen Sitz in Amsterdam hat, war dieser Tage in Rennes (Frankreich) zusammengetreten, um den Ausbau der Organisation zu besprechen. Er beschloß die Herausgabe eines vierteljährlichen Mitteilungsblattes in deutscher und französischer Sprache ab 1. Oktober.

# Nacht endlich Schluß mit dem Handelskrieg!

A. Kr. Wir haben uns vor einigen Tagen wieder scharf gegen die Sabotageversuche wenden müssen, die die Deutschen und der mit ihnen verbundene Landbau immer wieder gegen den Abschluß des deutsch-polnischen Handelsvertrages unternahmen. Wir mühten heute wieder einmal an ein paar Beispielen die ganze Unsinnigkeit des Handelskrieges mit Polen darzutun. Von allen Dingen möchten wir zeigen, wie wirkungslos doch im Grunde die beiderseitigen Kampfmaßnahmen sind, wenigstens soweit Wirtschaftszweige in Frage kommen, in denen der wechselseitige Güteraustausch zwischen Deutschland und Polen für beide Volkswirtschaften mehr oder weniger lebensnotwendig ist.

Eine der wichtigsten Kampfmaßnahmen Deutschlands war die Sperrung der deutschen Grenzen gegen die polnische Kohleneinfuhr. Wir haben früher schon wiederholt gezeigt, daß diese Kampfmaßnahme Deutschlands vollkommen unwirksam geblieben ist. Seit dem Jahre 1926 ist, trotzdem Deutschland, das bis zum Ausbruch des Zollkrieges bei weitem der größte Kohlenabnehmer Polens war, seit 1925 Polen gar keine Kohle mehr abnimmt, die polnische Kohlenausfuhr ständig geblieben, so daß sie zu Ende des Jahres 1927 bereits ungefähr 1 Million Tonnen im Monat betrug, während sie vor dem Zollkrieg im Durchschnitt nur 776 000 Tonnen pro Monat betrug. In den ersten Monaten des Jahres 1928 sank dann die polnische Kohlenausfuhr um ein geringes. Das war sowohl im Februar als auch im April 1928 der Fall. Bereits damals haben wir davor gewarnt, auf ein dauerndes Sinken der polnischen Kohlenausfuhr zu rechnen, zumal im März des Jahres die Kohlenausfuhr bereits wieder auf die alte Höhe gestiegen war. Unsere Warnung ist denn auch nur zu begründet gewesen: im Mai und Juni des Jahres hat die Kohlenausfuhr nicht nur wieder ihre alte Höhe von Ende 1927 erreicht, sondern sie ist sogar noch weiter gestiegen. Sie betrug im Mai 1 074 000 Tonnen, im Juni 1 162 000 Tonnen. Wenn auch in den einzelnen Monaten die Länder ständig wechselten, nach denen Polen die größten Mengen Kohle ausfuhrte, so ist eben doch auch in der letzten Zeit noch ein weiteres Wachstum der polnischen Kohlenausfuhr festzustellen. Das ist umso bemerkenswerter, als, wie wir wissen, in Europa, ja auf der ganzen Welt gegenwärtig eine große Ueberproduktion an Kohle stattfindet, und deshalb auf dem Weltmarkt um die einzelnen Kohlenabnehmermärkte ein heftiger Kampf tobt, und zumal auch Deutschland mit seinem technisch ausgezeichneten Kohlenbergbau in den letzten Monaten starke Verluste auf den Weltabnehmermärkten aufzuweisen hatte und seine Kohlenausfuhr ständig zurückging. Die Sperrung der deutschen Grenze gegen Polen für die Kohleneinfuhr hat also Polens Kohlenausfuhr nichts anhaben können.

Aber auch umgekehrt sind Polens Kampfmaßnahmen gegen Deutschland in vielen Beziehungen ziemlich unwirksam geblieben. Das ergibt sich aus der Entwicklung des deutsch-polnischen Handels im ersten Quartal 1928 sowie aus der Gesamtentwicklung des polnischen Außenhandels im ersten Halbjahr 1928. Was den Handel zwischen Polen und Deutschland angeht, so war die deutsch-polnische Handelsbilanz in den ersten Jahren des Zollkrieges ebenso wie vor dem Zollkrieg für Polen aktiv, das heißt, Polen führte nach Deutschland mehr aus, als es von Deutschland einfuhrte, das heißt aber, als Deutschland nach Polen ausfuhrte. Trotz jahrelangen Zollkrieges hat sich also während dieser Zeit die deutsch-polnische Handelsbilanz in ihren Grundzügen nicht geändert. Daraus könnte man zunächst entnehmen, daß die deutschen Kampfmaßnahmen gegen Polen unwirksam blieben, so daß der alte Zustand, der vor dem Zollkrieg bestand, auch während des Zollkrieges erhalten blieb. Seit dem Jahreswechsel aber ist nun ein Umchwung eingetreten. Im ersten Quartal des laufenden Jahres ist die deutsch-polnische Handelsbilanz zum ersten Mal zugunsten Deutschlands aktiv geworden, das heißt, Deutschland hat in dieser Zeit mehr nach Polen ausgeführt, als es aus Polen einfuhrte, also als Polen nach Deutschland ausgeführt hat. Und zwar betrug dieses Aktivum im ersten Quartal 1928 die verhältnismäßig große Summe von 38,5 Millionen Zloty. Wenn man aus dieser Entwicklung auch noch keine weitreichenden Schlüsse ziehen kann, weil der Zeitraum dazu zu kurz ist, so zeigt diese Tatsache immerhin, daß, wenn aus wirtschaftlichen Ursachen in Polen ein stärkeres Bedürfnis nach deutschen Waren sich geltend macht, die einfuhrerhebenden Maßnahmen Polens diese Einfuhr eben doch nicht verhindern können. Daß beiderseitig tatsächlich diese Zollmaßnahmen nicht sehr wirksam sind, beweist der Umstand, daß der Umfang des deutsch-polnischen Handels überhaupt außerordentlich gestiegen ist. Deutschlands Ausfuhr nach Polen liegt von 60,1 Mill. Zl. im ersten Quartal 1926 auf 237,4 Millionen Zl. im ersten Quartal 1928, während Polens Ausfuhr nach Deutschland von 119,2 Millionen Zl. im ersten Quartal 1926 auf 199,9 Mill. Zl. im ersten Quartal 1928 stieg. Falls wäre es dagegen, aus diesen Tatsachen den Schluß zu ziehen, daß die polnischen Abwehrmaßnahmen weniger wirksam gewesen wären als die deutschen, weil die polnische Ausfuhr nach Deutschland weniger gestiegen ist als die deutsche nach Polen. Die Ursache hierfür liegt vielmehr darin, daß Polens Einfuhr überhaupt seit Ende 1926 ganz gewaltig gestiegen ist, während seine Ausfuhr auch im ganzen sich viel weniger erhöht hat, ja sogar zeitweise sank. Die Folge davon ist, daß die Handelsbilanz Polens heute ein außerordentlich hohes Passivum aufweist und daß dieses Passivum gerade im letzten Halbjahr gewaltig gestiegen ist. Der polnische Einfuhrüberschuß betrug nämlich im ersten Halbjahr 1928 582,5 Millionen Zl. gegen nur 191,5 Millionen Zl. im ersten Halbjahr 1927. Dieses Ansteigen des Passivums der polnischen Handelsbilanz ist die Folge davon, daß die polnische Einfuhr im ersten Halbjahr 1928 die der gleichen Zeit des Jahres 1927 um 351,4 Millionen Zl. überstieg, während im gleichen Zeitraum die polnische Ausfuhr um fast 20 Millionen Zl. sank. Das Bedürfnis Polens nach deutschen Fertigfabrikaten ist eben so groß, daß die durch Polens Zollmaßnahmen erhöhte Einfuhrpreise von der polnischen Wirtschaft dennoch getragen werden. Das gilt z. B. für die Fahrräder. Die polnische Einfuhr von deutschen Fahrrädern betrug im letzten Jahre vor Ausbruch des Zollkrieges, nämlich 1924, 991 Tonnen. Im Jahre 1925, dessen zweite Hälfte schon der deutsch-polnische Zollkrieg ausfüllte, stieg die Ausfuhr, trotzdem auf 1611 Tonnen, um im Jahre 1926, dem ersten Wirtschaftsjahr, das ganz in den deutsch-polnischen Zollkrieg fiel, auf 553,8 Tonnen zu sinken. Zunächst haben also die polnischen Abwehrmaßnahmen etwas gewirkt. Aber das dauerte nicht lange. Polen hat viel zu wenig eigene Fahrradfabriken, um das Bedürfnis der polnischen Bevölkerung nach Fahrrädern decken zu können. Die Folge war, daß im Jahre 1927 trotz des Zollkrieges die polnische Einfuhr von deutschen Fahrrädern auf die Rekordhöhe von 1 845,5 Tonnen stieg. Von der polnischen Gesamteinfuhr von Fahrrädern im Jahre 1927 entfielen ungefähr 87 Prozent auf deutsche Fahrräder. Von den 17 517 kg. an Fahrrädern, die Polen überhaupt einfuhrte, lieferte Deutschland 17 155 kg. Diese Entwicklung ist auch im ersten Quartal 1928 noch weitergegangen. Das ist um so erstaunlicher, als der polnische Zoll auf Fahrräder außerordentlich hoch ist. Er beträgt seit der Inkraftsetzung der Zölle für Eisen- und Zweiräder pro Stück 51,6 Zl., während der Konvention Zoll, das heißt, derjenige Zoll, der auf den Rädern liegt, die aus Ländern kommen, mit denen Polen einen Handelsvertrag hat, nur 43,56 Zl. pro Stück beträgt. Wie stark Polen in Bezug auf Fahrräder auf das Ausland und speziell auf das fremdländisch hierzu am günstigsten gelegene Deutschland angewiesen ist, ergibt die Tatsache, daß Polen im Durchschnitt der beiden letzten Jahre einen Jahresbedarf von 105 000 Fahrrädern hatte. Davon mußten 80 000 eingeführt werden. Reicht Polen doch nur 10 Fabriken mit ins-

gesamt kaum 2000 Arbeitsträften, die entweder Fahrräder oder Fahrradteile herstellen. Weitere Warengruppen, in denen der Bedarf Polens so stark ist, daß trotz aller Abwehrmaßnahmen die Einfuhr auch aus Deutschland ständig steigt, sind z. B. Automobile und Uhrentelle. Die von der polnischen Regierung zugelassenen Kontingente für diese Warengruppen sind im vorigen Jahre bereits in den ersten fünf Monaten erschöpft gewesen.

Wie unwirksam Zollkriegsmaßnahmen in den Fällen sind, in denen für die Waren des anderen Landes im eigenen Land ein hartes Bedürfnis besteht, zeigt auch die Tatsache, daß die Zloty-Valorisierung vom 15. März d. J. an dem deutsch-polnischen Handel spurlos vorüberging. Das polnische Einfuhrmaximum des ersten Halbjahres 1928 brachte zwar der März, in welchem Monat die polnische Einfuhr 372 Millionen Zloty betrug, das heißt also der Monat, in dessen erster Hälfte noch die alten, niedrigeren Zollsätze galten, und diese Einfuhrhöhe ist in den Monaten nach der Zollvalorisierung nicht wieder erreicht worden. Aber im Monat Mai und Juni des Jahres war die polnische Einfuhr bereits wieder beträchtlich höher als in den Monaten vor der Zollvalorisierung, und nur vorübergehend, nämlich im April des Jahres, blieb sie um ein ganz Geringes hinter der zuletzt vor der Zollvalorisierung erreichten Höhe zurück.

In ganzen gesehen hat Deutschlands Ausfuhr nach Polen, wie sogar einige polnische Blätter zugeben, im ersten Quartal 1928 wieder den Stand erreicht, den sie vor Ausbruch des Zollkrieges hielt. Das gilt vor allem für Chemikalien, Maschinen, Apparate, Metallwaren, Textilien, Verkehrsmittel, Papiere, Uhren usw. Die Ausfuhr dieser letzterwähnten Warengruppen von Deutschland nach Polen war im ersten Quartal 1928 bereits größer als im ersten Quartal 1925 unmittelbar vor Ausbruch des Zollkrieges. Außerdem nimmt auch der prozentuale Anteil Deutschlands an der polnischen Gesamteinfuhr bereits wieder zu und betrug im ersten Quartal 1928 schon wieder 26 Prozent der polnischen Gesamteinfuhr. Daraus darf man in Deutschland aber nicht den Schluß ziehen, daß wir den Handelsvertrag mit Polen ja dann gar nicht mehr brauchen, daß wir auf ihn verzichten könnten, weil auch während des Zollkrieges die deutsche Ausfuhr nach Polen blühte. Das ist zunächst schon deshalb nicht richtig, weil die deutsche Ausfuhr nach Polen noch viel größer wäre, wenn Polen sie nicht künstlich absperrte, wie es im Zollkrieg der Fall ist. Nicht allein für Fahrräder gilt es, daß Polen weit ausnahmefähiger für deutsche Ware ist als es sich bisher gezeigt hat. Das gilt auch noch für eine Reihe anderer Warengruppen. Die Exportmöglichkeiten Deutschlands, vor allen Dingen an hochwertigen Fertigfabrikaten, auf dem polnischen Markt würden sich noch weiter verbessern, wenn der Zollkrieg aufhörte. Außerdem aber würde, wenn jene Behauptung richtig wäre, dasselbe dann auch für Polen gelten, das heißt, auch Polen würde dann einen Handelsvertrag mit Deutschland nicht mehr brauchen. Denn auch der prozentuale Anteil der polnischen Ausfuhr nach Deutschland an der gesamten polnischen Ausfuhr ist bereits wieder auf 31,8 Prozent gestiegen. Er hat sich damit sogar stärker dem Stande vom ersten Quartal 1925, also dem von dem Zollkrieg, genähert, als die heutige Größe des Anteils der deutschen Ausfuhr nach Polen an der deutschen Gesamtausfuhr dem Stande dieses Anteils von 1925. Sicherlich ist das darauf zurückzuführen, daß die deutsche Gesamtausfuhr auch in der letzten Zeit gestiegen bzw. wenigstens nicht gesunken ist, während die polnische Ausfuhr insgesamt in der Zwischenzeit geringer wurde. Immerhin zeigt das aber doch, daß die polnische Ausfuhr nach Deutschland, also nach dem Lande, mit dem es im Zollkrieg liegt, sehr viel weniger gesunken sein mag als seine Gesamtausfuhr, also als seine Ausfuhr nach den Ländern, mit denen es nicht im Zollkrieg liegt, daß mithin der Zollkrieg selbst nicht die Ursache dieses Sinkens der polnischen Ausfuhr sein kann. Auch Polen könnte, wenn man die Ausfuhrmöglichkeiten im Falle normaler Handelsbeziehungen einmal außer Acht lassen wollte, somit sagen, daß es keinen Handelsvertrag mit uns mehr brauchte, weil sein Außenhandel sich auch im Zollkrieg befriedigend entwickelt habe. Aber diese Argumentation ist überhaupt abwegig, denn man darf jene Möglichkeiten eben nicht außer acht lassen, und es kommt auch nicht allein auf die Ausfuhr, sondern es kommt auch auf die Einfuhr an. Die schlimmen Wirkungen eines Zollkrieges liegen oft nicht so sehr in der Drosselung der eigenen Ausfuhr als in der Verteuerung der eigenen Einfuhr. Polen sowohl wie Deutschland sind eben nun einmal darauf angewiesen, gewisse Warengruppen in größerem Maßstab aus dem Ausland zu beziehen. Wir brauchen Nahrungsmittel und Rohstoffe aus dem Ausland, Polen braucht vor allen Dingen Fertigfabrikate. Ohne den Bezug dieser Waren aus dem Ausland kann das Land wirtschaftlich nicht gedeihen. Alle Zollkriegs-Maßnahmen aber haben eine sehr unangenehme Rückwirkung auf das Land, das diese Maßnahmen trifft. Sie verteuern ihm nämlich seine Einfuhr ganz außerordentlich. Und das ist auch hier der Fall. Das braucht wohl nicht mehr im einzelnen dargelegt zu werden. Die Entwicklung der Preise wichtiger Nahrungsmittel, die wir gerade aus Polen beziehen müssen, in den letzten Jahren in Deutschland, zeigt das deutlich genug.

So zeigt sich folgendes Gesamtbild: Auf der einen Seite, daß die Zollkriegsmaßnahmen beider Länder fast völlig unwirksam blieben, daß es also nicht möglich ist, durch diesen Zollkrieg das andere Land zu zwingen, uns wirtschaftlich weiter entgegenzukommen, als es im Interesse seines eigenen Außenhandels liegt, daß der Zollkrieg also im Grunde verdammt ist. Auf der anderen Seite aber zeigt sich, daß der Zollkrieg die eigene Volkswirtschaft in beiden Ländern durch Verteuerung wichtiger Bedarfsartikel und durch Vernichtung neuer zukunftiger Ausfuhrmöglichkeiten schwer bedingt. Beide Länder, Polen sowohl als auch Deutschland, haben also gar kein Interesse daran, daß der Zollkrieg noch weiter fortbauert. Es liegt vielmehr im beiderseitigen Interesse, den Zollkrieg so schnell wie möglich zu beenden.

## Die Rückständigkeit der ostdeutschen Großgüter

Einen Einblick in die Rückständigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe im Osten des deutschen Reiches gewährt die vom preussischen Statistischen Landesamt veröffentlichte Erhebung über die Kultur- und Fruchtverhältnisse der Provinz Grenzmark, die im Rahmen der allgemeinen Betriebszählung vorgenommen wurde. Schon die Tatsache, daß zahlreiche geringe Weiden vorhanden sind, läßt auf eine extensive Betriebswirtschaft schließen. Auch der Viehstand liegt im allgemeinen unter den entsprechenden Ziffern für das preussische Staatsgebiet. Eine Ausnahme machen die Betriebe an Gänzen und Schafen. Nur in den Zwergebetrieben übertrifft die Rindvieh- und die Schweinehaltung den Staatsdurchschnitt. In den Zwergebetrieben ist auch die Flegel- und Seilgeflechtung sehr groß, woraus sich die größere Fertigungsfähigkeit des kleineren Betriebes gegenüber dem Großbetrieb ergibt. Die Maschinenanwendung ist in der Grenzmark verhältnismäßig mit anderen Provinzen recht gering. Nur in Maschinenbetrieben des Kartoffel- und Getreidebaues treten zahlreichere Maschinen hervor. Die geringe Intensität der grenzmarkischen Landwirtschaft geht aus der geringen Zahl der beschäftigten Personen hervor.

# Arbeiter-Sport

## XL Hauptversammlung der Naturfreunde in Zürich

Zürich, 20. August. (Eigener Bericht.) Die Hauptversammlung der Naturfreunde tagte am Samstag und Sonntag weiter. Genosse Emmerling, Wien, behandelte die Frage über den Bau von Ferienhütten und Ferienheimen. Es sei notwendig, für die Arbeiterwanderer in Zukunft mehr alpine Häuser zu erstellen, da der Zug nach den Alpen, besonders der reichsdeutschen Genossen immer stärker werde. Der deutsch-österreichische Alpenverein habe durch die Aufhebung des Gegenseitigkeitsverhältnisses uns selbst den Weg gewiesen, den wir für die Zukunft zu gehen haben. Die deutschen Vertreter gelobten, mit aller Kraft für die Erstellung alpiner Schutzhäuser einzutreten. Hinsichtlich der Beitragsfrage wurde beschlossen, daß an der Form des Jahresbeitrages nicht gerüttelt werden darf. Den wirtschaftlich schwächeren reichsdeutschen Genossen wird jedoch die Erhebung in Raten gestattet. Dem Jugendwandel soll eine Reihe von organisatorischen Maßnahmen die Bahn freimachen helfen. Weiterwolle Naturschönheiten werden für die Durchführung einer regen Arbeitstätigkeit gegeben. Es müsse auch bis heute verüht werden, an die große Masse in Hinblick auf eine bessere Freizeitnutzung heranzutreten. Der gesundheitliche Wert des Wanderns müsse dabei in den Vordergrund gestellt werden. Das Zentralorgan der Naturfreunde, die Zeitschrift „Der Naturfreund“, wird in Zukunft in besserer Ausstattung erscheinen. Die Herausgabe eines Jahrbuches wurde abgelehnt. Viele Gänge haben sich einzig an alpine Besonderen und Wegmarkierungen beteiligt. Es konnten zwei Gänge über 320 Kilometer langer Wanderwege zeichnen, gewiss ein großer Dienst an der Allgemeinheit. Eine ganze Reihe interner Verwaltungsangelegenheiten sind durch dementsprechende Beschlüsse ihre Arealen. Die Schaffung eines Naturfreundemuseums mußte vorläufig noch abgelehnt werden.

Im Mittelpunkt der Sonntagsveranstaltungen stand ein Referat des Zentralpräsidenten, Genossen Koller, Wien, über die Aufgaben der Naturfreunde im Dienste der Arbeiterklasse. Im wesentlichen führte er folgendes aus: Weltweit besteht noch eine unrichtige Einschätzung der Naturfreundeaufgaben vor. Sondernaturliebende Arbeiter gingen leider immer noch in ihrer Freizeit den Besetzungen der Gedankenlosen nach. Dies ist ein großes Hindernis im kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse. Die Naturfreundebewegung habe die Aufgabe, hier einzuwirken, um die Menschen hinwegzuführen von Knechtschmerz und Kartenspiel. Der Arbeiterstaat müsse der Weg „zurück zur Natur“ gezeigt werden. In 32-jähriger vorbildlicher Tätigkeit habe der Touristenverein die Arbeiterklasse körperlich gestärkt, geistig aneregt und damit kampffähig gemacht um den Streit für Freiheit und Recht. Durch das Hineinführen der Arbeiterklasse in die Schönheiten der Welt, seien die Proletarier in der Frage der Entlohnung und Freizeit befähigter zu machen. Der wandernde Arbeiter lerne auch Land und Leute kennen und könne Aufklärungsarbeit bei Landarbeitern und Kleinbauern treiben. Großes habe der Verein geleistet mit der Erbauung der Wander- und Ferienheime für das jagende Volk, aber es dürfe unsere Kraft noch nicht erlahmen, es müsse weiter gearbeitet werden zum Segen der Arbeiterklasse. Dank erwiderte er den Schweizer Genossen für die Durchführung der mehr als 70 Wanderfahrten, die deutsche und österreichische Arbeiter in die alpine Bergwelt der Schweiz führen.

Als Ort der nächsten Hauptversammlung im Jahre 1931 wurde Hamburg gewählt. Mit dem Lied der Arbeit fand die Tagung ihr Ende.

## Serienspiele am 26. August:

- 16.30: Ost III - B.V. I; Weide-Petersdorf; Engel
- 16.30: Ost II - B.V. II; Weide-Petersdorf; Neumann, R.
- 16.30: Strehlen I - Vorwärts I; Strehlen; Kronig
- 16.30: Strehlen II - Vorwärts II; Strehlen; Kronig
- 16.30: B.V. I - Tasmania I; Klein-Gandau; Wülfel, R.
- 16.30: B.V. II - Tasmania II; Klein-Gandau; Springer
- 16.30: Cingalet II - F.S.B. II; Groß-Machern; Dittich
- 16.30: Herrmannsdorf I - Union I; Herrmannsdorf; Kühnel
- 16.30: Hera I - Roberwitz I; Gräbichen; Wachner
- 16.30: Sundsied I - Wader I; Sundsied; Klapper
- 16.30: Sundsied II - Wader II; Sundsied; Garbak
- 16.30: Bratislawia I - Silezia-Riders I; Lauterbachpl.; Sunger
- 16.30: Bratislawia II - Silezia-Riders II; Lauterbachpl.; Gründel
- 16.30: Kalke I - Weit I; Reufisch; Genrich, C.
- 16.30: Süd I - Bernstadt I; Klettenhof; Grünig
- 16.30: Süd II - Bernstadt II; Klettenhof; Ritter
- 16.30: Fr. Sportfr. I - B.S.C. Adler I; Zantholzweide; Maled
- 16.30: Sturm I - B.V. I; Mariaböfchen; Sprich
- 16.30: Sturm II - B.V. II; Mariaböfchen; Gerstiner
- 16.30: Stern I - Freiheit I; Gräbichen; Gommile
- 16.30: Stern II - Freiheit II; Gräbichen; Hecht
- 16.30: Dels I - Trebnitz I; Dels; Stenhan
- 16.30: Sparta I - 1924 I; Schlachthof; Wende
- 16.30: Sparta II - 1924 II; Schlachthof; Wachtel

- 3. und 4. Mannschaften:
- 10.00: Stern III - Sturm III; Gräbichen; Thamm
- 10.00: Süd III - 1921 III; Klettenhof; Grohmann
- 10.00: B.V. III - B.V. III; Ostschin; Fröhlich
- 9.00: Weit III - Bratislawia III; Eichenpark; Fedel, C.
- 10.00: Silezia-Riders III - Wader III; Stabion; Schmidt, Fr.
- 10.00: Sparta III - Fr. Sportfreunde III; Schlachthof; Schmidt
- 14.30: Cingalet III - B.V. III; Groß-Machern; Münster
- 9.00: Union III - Freiheit III; Deutsch-Lissa; Blum
- 9.00: Bratislawia IV - Ostschin III; Lauterbachpl.; Schwede

- Jugendmannschaften:
- 10.00: Gertha I - Silezia-Riders I; Gräbichen; Knobloch
- 10.30: Vorwärts I - F.S.B. I; Stabion; Tränkel
- 11.00: Bratislawia I - Union I; Lauterbachpl.; Reinert
- 10.30: B.V. I - Südost I; Gandau; Majzahn
- 11.00: Weit I - B.V. I; Dels I; Eichenpark; Grunert, Fr.
- 13.15: Cingalet I - Sundsied I; Groß-Machern; Münster
- 10.45: Union II - Südost II; Deutsch-Lissa; Blum
- 9.00: Vorwärts II - Bratislawia II; Stabion; Gröber
- 10.00: Fr. Sportfr. II - Silezia-Riders II; Zantholzweide; Sauer
- 13.00: B.V. II - B.S.C. Adler I; Gandau; Sommerberg.

## Arbeiter-Wasser-Rettungsdienst

Oberwache am 26. August, Wache I: Lindner, Brzobylski; Wache II: Sperling, Urbante; Wache III: Richter, A., Duschak.

Arbeiter-Sportklub Breslau, E. B. Die für Freitag, den 24. August, anberaumte Vorstandssitzung kann erst Montag, den 27. August, abends 8 Uhr, im Kartellbüro stattfinden.

A.S.C. Halle Breslau-Neufisch, Freitag, den 24. August, abends 8 Uhr: Wichtige Vollversammlung. Richterischen wird statutarisch bestraft. Mitgliedsbücher nicht vergessen!

Freie Turnerschaft Breslau, Leichtathletik! Sämtliche Abteilungen beteiligen sich nach Möglichkeit am 9. September am Subteams-Strassenlauf des Sportvereins „Nordost“. „Nordost“ ist stets bei unseren Veranstaltungen stark vertreten. Am 16. September, vormittags ab 9 1/2 Uhr, findet im Eichenpark das Abturnen im volkstümlichen Dreifach-Lebungsspiel, wie im Frühjahr - für Schüler und Schülerinnen statt. Meldebefehl dazu am 14. September. Der Waldlauf am 28. Oktober wird im Bebelpark durchgeführt.

## Ämtliche Devisenkurse der Berliner Börse

som 22. August.	
1 Pfund Sterling.....	20,348
1 Dollar .....	4,174
100 belg. Gulden .....	168,09
100 Belg. = 500 Franken ..	58,30
100 norw. Kronen .....	111,86
100 Dänig. Gulden .....	81,22
100 Österr. .....	21,95
100 österr. Kronen .....	111,91
100 franz. Francs .....	16,35
100 schweiz. Kronen .....	12,43
100 Schweizer Francs .....	50,71
100 Piestas .....	69,69
100 schwed. Kronen .....	112,19
100 Hongk. Gulden .....	73,10
100 österr. Schilling .....	59,11
100 Zloty .....	46,95

**Vergeßt nicht, für Eure Partei und für Eure Presse zu werben!**

## Mädchenhandel von heute

### Senden vier Ballen bester Ware — Die Sehnsucht nach der großen Welt — Hinter vergitterten Fenstern gelandet

„Senden vier Ballen bester Ware, stop abholen Buenos Grutz Livio...“ Nach einmal zählt der Schalterbeamte unendlich die Worte des Telegramms: „Macht drei Lire und die Sache ist erledigt. In zehn Minuten hat der Mann am Schalter das Telegramm vergessen. Was wäre auch daran interessant, wenn einer seinem Geschäftsfreund in Buenos Aires vier Ballen natürlich „bester Ware“ sendet? Der Herr Livio mag daraus einen respektablen Gewinn schlagen oder draufzahlen, es ist seine Sache, und keine Telegraphengesellschaft der Welt hätte die Kühnheit, nach dem Inhalt der vier Ballen zu forschen. Vielleicht ist's englisches Kammgarn, vielleicht Linnen oder Papier...“

„Senden vier Ballen...“ Die vier Ballen sind an Bord — fahren sogar, was für „Ballen“ doch auffallend ist, erster Klasse, aber niemand würde sie erkennen. Sie sind eben „bester Ware“. Welche war Hauslehrerin, die Grett stand noch vor vier Wochen auf der Straßenecke einer mitteleuropäischen Großstadt und verkaufte Blumen — die beiden Schwarzen sind aus Neapel: Marguerita, die Tochter eines Mailänder Handschuhmachers, und Rita, ihre reizende kleine Nichte. Der Wunsch zur Bühne zu kommen, hat die vier Mädchen hier auf dem Schiff zusammengeführt, und der Wunsch — so lange unerfüllbar — er geht seiner Verwirklichung entgegen. Alle haben sie bereits den „Kontrakt“ in der Tasche, und zu wahrhaft fabelhaften Bedingungen! Hohe Gehälter, freie Station, ein Auto zur Verfügung!

Aus Mailand wird gemeldet: „... Gestern Abend spielte sich im Zentrum der Stadt ein merkwürdiger Ueberfall ab, der von der Polizei noch nicht ganz aufgeklärt werden konnte. Ein arbeitslos geliederter, älterer Mann trat auf einen jungen Lebemann zu und schlug ihn mit einem Knüttel auf den Boden. Der Attentäter und sein Opfer wurden auf die Polizei gebracht. Der Ueberfallene soll Livio bei Monboschi heißen...“

Wie die Abendblätter melden, ist in der Affäre des Lebemanns Livio bei Monboschi eine sensationelle Wendung eingetreten. Den sonderbaren Gelmann, der bekanntlich im Zentrum der Stadt von einem älteren Mann überfallen und niedergeschlagen wurde, trifft der schwere Verdacht, mit einer internationalen Bande in Verbindung zu stehen, die unter dem Namen

mantel einer Stellenvermittlung Mädchenhandel treibt. Unter anderem soll er auch die Tochter und die Nichte des alten Mannes verschleppt haben. Livio wurde verhaftet...“

Telegramme gehen nach Warschau, Telegramme nach Paris, nach London, Konstantinopel und Buenos Aires. Stop! Mädchenhändler sind in der Stadt! Warnen die Eltern, die jungen Mädchen! Warnen vor Ueberseebüros, vor „märchenhaften Stellungsangeboten“ und „glänzenden Karriereaussichten“! Die Karriere endet in einem Freudenhaus von Buenos Aires.

In Mailand entziffert man indessen die „Buchhaltung“ des Kavaliers Livio. Das „Warrenkonto“ kann sich sehen lassen: 3. Februar — eine Blondine... 9. März drei Brünette... August zwölf Stück für Kairo. Die Polizei weiß genug.

Aber der Vater der unglücklichen Marguerita, der alte Handschuhmacher, kann uns noch einiges erzählen: Bis vor drei Monaten hätten sie zufrieden und glücklich zusammen gelebt; er, Marguerita und die kleine Rita. Da kommt eines Tages Livio ins Geschäft, kauft ein Paar Handschuhe und lernt bei der Gelegenheit die beiden Mädchen kennen. Am nächsten Morgen kam er wieder, und schon nach einer Woche hätte man die Uhr nach ihm richten können, so pünktlich war er jeden Tag da. Also verlobt, aber in wen — in die große, schlauke Marguerita oder in die kleinere, zierlichere Rita? ...

Hier stockte die Erzählung des Vaters, und ein Tränenstrom brach aus seinen Augen hervor. Und eines Tages war sie verschwunden, die schwarzjüngige Marguerita, und hatte ihm auf einem Zettel zurückgelassen, sie sei „für ein paar Wochen“ zu Livios Verwandten nach Neapel gereist. Wierzehn Tage später reiste ihr die kleine Rita nach, und seit damals hat er von den beiden Mädchen nichts mehr gehört... Verzweifelt läßt der Handschuhmacher den Kopf hängen. „Neulich traf ich den Vurschen zufällig, und das war der Grund, weshalb ich ihn niederschlug.“

Das Ganze klingt wie ein Film — aber es ist leider keiner, daher gibts auch keinen guten Ausgang. Die Witze und die Grett, die Marguerita und ihre kleine Cousine — sie haben nichts mehr von sich hören lassen. Aus den verborgenen Schlupfwinkeln von Buenos Aires dringt kein Laut in die Doffentlichkeit.

## Hochkonjunktur für Betrüger

Die Angelegenheit des vor einigen Tagen in Budapest verhafteten Berliner Bankiers Rudolf Carbone zieht immer weitere Kreise. Man hat jetzt die Berliner Sates und Bankdepots der ungetreuen Beamten der Viechtensteinischen Sparrasse gefunden und bei einer Hausdurchsuchung in der Wohnung der Mutter Carbones zahlreiche Briefe beschlagnahmt, die über verchiedene in Berlin betriebene „Geschäfte“ Carbones Aufschluß geben.

So ist Carbone u. a. an der Gründung einer Kauffreditgesellschaft in Berlin beteiligt gewesen, die sich Investment Corporation nannte und trotz ihrer glanzvoll ausgelegenen Gründung nur ein kurzes Dasein fristete. Carbone hatte die von ihm versprochene Kapitaleinlage überhaupt nicht eingezahlt. Durch diese Scheingründung sind zahlreiche Berliner Geschäftsleute und ein Berliner Notar erheblich geschädigt worden.

Carbone hat sich auch als Heiratschwindler betätigt. Er versprach einer jungen Berliner Dame die Ehe. Das Mädchen hatte sich durch das elegante Auftreten des 29-jährigen „Bankdirektors“, der von seinem ungeheuren Einkommen sprach, sich drei Autos hielt und in Nachtlokalen und Bars in Summen vergeudete, blenden lassen. Sie vertraute Carbone schließlich ihr Vermögen in Höhe von 160.000 Mark an. Dieses Geld verbrauchte der Betrüger für sich. Die Geprüllte hat jetzt gegen Carbone Strafanzeige erstattet. Man nimmt an, daß auch die Mutter des Schwindlers und ein in Charlottenburg wohnhafter Berliner Rechtsanwalt an dem Heiratschwindel Carbones beteiligt waren. Beide reisten sofort nach der Verhaftung Carbones nach der Schweiz, ohne bis heute nach Berlin zurückzukehren. Die Mutter Carbones ist eine Schwester des südamerikanischen Großindustriellen Quitta. Ihr Bruder soll ihr in der letzten Zeit große Summen zur Verfügung gestellt, schließlich aber die Beziehungen zu ihr abgebrochen haben. Die Frau lebte auf großem Fuße, ohne einen Pfennig zu besitzen. Im Zusammenhang mit der Carbone-Affäre sollen weitere Verhaftungen bevorstehen.

## Sprung von der Rathauskuppel

### Graufiger Selbstmord eines jungen Mädchens

Ein graufiger Selbstmord ereignete sich am Dienstag Abend auf der Kuppel des neuen Rathauses in Hannover. Aus dreißig Meter Höhe stürzte sich ein vermutlich aus Hannover stammendes, bisher noch unbekanntes junges Mädchen im Alter von etwa 23 Jahren in die Tiefe. In etwa halber Höhe schlug das Mädchen auf eine Plattform auf, wo es völlig gerichtet liegen blieb. Ein junger Mann, der sich zusammen mit dem Mädchen auf dem Turm befunden hatte, wurde von der Polizei festgenommen. Er gab an, mit der Tat nicht in Verbindung zu stehen; viel mehr hätte sich seine Begleiterin in selbstmörderischer Absicht hinhinuntergestürzt.

## Der Typhus in Potsdam

### Der Herd der Krankheit festgestellt

Wie die Telegraphen-Union erfährt, haben die Typhus-Erkrankungen in Potsdam und Umgebung keine erhebliche Zunahme erfahren. Die Zahl der Krankheitsfälle beträgt nach dem Stand vom Dienstag Abend in Potsdam 23 und außerhalb 19.

Inzwischen ist auch der Herd der Krankheit festgestellt worden. Es handelt sich hierbei um eine Kolkerei in Beeskow. Hier war ein Mann angestekt, der angeblich an Grippe erkrankte und nach Berlin fuhr. Wie sich jetzt bei der Untersuchung herausstellte, hatte er aber Typhus.

## Wieder ein Opfer der Wissenschaft

Der Berliner Physiker Kurt Urban stürzte am Monte Generoso (Tessin) bei Forschungen über die Gewinnung von Luft-Elektrizität aus 50 Meter Höhe von einem Felsen ab; er war sofort tot. Der Verunglückte hatte unter der Leitung des Assistenten am Physikalischen Institut der Universität Berlin, Dr. F. Lange, und mit dem Forscher Arno Bach an einer vor einigen Monaten auf dem Monte Generoso errichteten Anlage Versuche unternommen, um die elektrische Energie der Gewitterwolken, die bis 30 Millionen Volt Spannung erreichen, gleichsam einzufangen. Die Versuche wurden von der Kollegenschaft der deutschen Wissenschaft unterstützt.

## Furchtbare Bluttat in Görz

Hier hat sich am Dienstag eine furchtbare Bluttat abgespielt. Ein Verbrecher drang in ein Haus ein und tötete einen jungen Mann. Er begab sich darauf in ein Nachbarhaus, wo sich ihm ein Kriegsinvalide entgegenstellte, der gleichfalls von dem Räuber getötet wurde. Darauf ergriff der Verbrecher die Flucht. Zwischen Polizei, die sofort die Verfolgung aufnahm, und dem Mörder entspann sich ein regelrechtes Feuergefecht, das solange dauerte, bis eine Kugel eine Dynamitpatrone, die der Verbrecher in der Tasche trug, zur Explosion brachte. Die Wirkung war furchtbar. Der Mörder wurde buchstäblich in Stücke gerissen.

## Ein Neubau zusammengestürzt

In Braunschweig ist am Dienstag Nachmittag auf dem Schützenplatz der Neubau der großen Kongreßhalle zusammengestürzt, ein Zimmermann wurde auf der Stelle getötet, zwei Bauarbeiter wurden leicht verletzt. Der Unglücksfall ist wahrscheinlich auf einen plötzlich auftretenden starken Wirbelwind zurückzuführen.

## Elf Minuten Todeskampf

### Grauenhafte Einzelheiten einer öffentlichen Hinrichtung.

Der Watermörder Florian Papp, der bereits seit einem Jahre zum Tode verurteilt ist, wurde dieser Tage in Budapest öffentlich hingerichtet. Etwa hundert Neugierige, die von Sensationsgier getrieben, sich Eintrittskarten verschafft hatten, wohnten dem grauenhaften Schauspiel bei. Das Gefängnis war seit den frühen Nachmittagsstunden des vorhergehenden Tages von Hunderten von Neugierigen umlagert, die alles versuchten, um in den Besitz einer Eintrittskarte zu gelangen. Als bemerkenswert verzeichnet die Blätter den Umstand,

### daß sich unter den Bewerbern um eine Eintrittskarte eine auffallend große Anzahl von Frauen befand.

Diese Tatsache ist weder bemerkenswert noch neu, sie ist von allen Geschichtsschreibern verzeichnet, hat zahlreichen Romanschriftstellern den dankbarsten Stoff geliefert, die Psychologen haben sich an ihr die Zähne ausgebissen, eine einwandfreie Begründung hat ihr noch keiner gegeben, und diese konnte auch anlässlich der Hinrichtung des Watermörders Papp nicht gefunden werden. Die Rechnung über die Hinrichtung besagt ferner, daß sie ungefähr eine halbe Stunde gedauert habe,

### der Todeskampf selbst elf Minuten,

und das alles um wenige Pengö! Nach der Vollstreckung des Urteils hatte der Henker einen wahren Ansturm von Bewerbern zu bestehen, die

### alle ein Stück des Strides

haben wollten, es wurden Beiträge bis dreihundert Pengö für ein derartiges Andenken — es soll sich als Talisman glänzend bewähren — geboten. Die Blätter melden darüber und heben hervor, daß trotz dieser hohen Angebote der Henker einzelne Teile des Strides an seine guten Freunde und Bekannten sogar verschenkte.

## Ein ganzes Dorf als Brandstifter

Eine sonderbare Affäre hat sich, wie erst jetzt bekannt wird, am Totensonntag des vorigen Jahres in einem kleinen Dorfe des Kreises Wiedenopf zugetragen. Das ganze Dorf hatte sich an diesem Tage zur Beihilfe bei einer Brandstiftung verpflichtet, die erst jetzt ein von Gewissensbissen geplagter Dorfanwaise der Kaffeler Kriminalpolizei gestand. Die Sache hat sich so zugetragen:

Die Besitzerin eines kleinen, recht haufälligen Anwesens, bestehend aus Scheune und Wohnhaus, hatte am Totensonntag offenbar in ihrer Scheune Brand gelegt, um sich mit der Versicherungssumme ein neues Gebäude errichten zu können. Auf den Alarm der Dorfbewohner rannte die gesamte Mannschafft vor dem brennenden Hause zusammen, wo die weinende Besitzerin ununterbrochen jammerte: „Ach Gott, jetzt komme ich ins Richten!“

Der Bürgermeister, zugleich Befehlshaber der Ortsfeuerwehr, verband in dieser Lage menschliches Mitleid mit kommunaler Baupolitik. Nachdem aus zwei Schlauchleitungen ein wenig auf die Scheune gespritzt worden war und das Wohnhaus immer noch nicht vom Brand ergriffen war, ließ er eine Schlauchleitung abbrehen und ein Loch in das Wohnhaus schlagen, damit das Feuer übertreten könne. Das haufällige Haus sah man als Schandfleck an und freute sich nun, auf Versicherungskosten bald ein neues an dieser Stelle entstehen zu sehen. Die Gemeinde steckte die Köpfe zusammen, man beriet und billigte. Da kam zu allem Unglück die Feuerprüge der Nachbargemeinde gefahren; der Empfang war nicht gerade freundlich. Da die Nachbarn jedoch nicht einschreiten wollten, daß es mit dem „bischen Feuer“ nichts auf sich habe, ging der Ortsgewaltige resolut an den Hydranten, drehte ihn auf und schlug die feindliche Wehr mit dem Wasserstrahl in die Flucht.

Als nun aber die alte Barade trotz aller Bemühungen immer noch nicht Feuer fangen wollte, nahm man sich ihrer mit Schaufeln und Hacken an und legte sie „falt um“. Die Ballen wurden in die Glut der brennenden Scheune geschoben, und der Versicherungsfall war geschaffen. Die Versicherung ließ sich auch ausreichen (das ganze Dorf war Zeuge), sie zahlte aus, und jetzt steht dort bereits ein neues Haus.

So gestand der Dorfanwaise, den sein Gewissen nicht in Ruhe ließ.

## Ein Edelstein von 89 Kilo

Bei der Firma Rudolf Leyser in Oberstein traf ein brasilianischer Amethyst-Stein, der größte Edelstein, der bisher der Oberstein-Industrie zugeleitet wurde. Der Kristall hat ein Gewicht von 89 Kilo, ist 63 Zentimeter hoch, 52 Zentimeter breit und 30 Zentimeter tief.

## Vorsicht, Hochspannung!

### Fünf Personen vom Starkstrom getötet

Nach einer Meldung aus Phönix (Arizona) riß der Sturm eine elektrische Hochspannungsleitung herunter. Drei Personen, die von der Leitung getroffen wurden, waren auf der Stelle tot. Zwei weitere Personen, die zu Hilfe eilten, wurden ebenfalls getötet.

## Ein Kind durch brennendes Fett getötet

In der Wohnung einer heißen Familie kochte in der Küche ein Topf Fett über. Das Fett entzündete sich und ergoß sich über einen am Fußboden liegenden zehnjährigen Knaben. Obwohl die Flammen sofort von der herbeigeeilten Mutter erloscht wurden, hatte das Kind so schwere Brandwunden erlitten, daß es an den Folgen derselben im Krankenhaus starb.

## Selbstmord einer Berliner Tänzerin

Die 25-jährige Berliner Tänzerin Melly Stahl stürzte sich am Montag aus dem fünften Stockwerk ihres Wohnhauses auf das Straßengpflaster und blieb mit zerstückelten Gliedern tot liegen. Ihre Identität konnte aus Briefen festgestellt werden, die man in ihrer Tasche fand. Die Quartiergeberin gab bei der Polizei an, daß das Mädchen vor einigen Wochen aus Berlin nach Budapest gekommen sei, um hier eine Anstellung zu suchen. Am Sonntag hatte das Mädchen einen Gruß erhalten, bei dessen Lesen sie wiederholt in Tränen ausbrach. Sie war den ganzen Tag über sehr niedergeschlagen.

## Ein neues Zwergvolf

Eine amerikanische Forschungs Expedition entdeckte kürzlich im niederländischen Teil Neu-Guineas in einem von einer hohen Bergkette und einem dichten Urwald von der Welt abgeschlossenen Gebiet ein Zwergvolf, dessen Angehörige nicht größer als 1,20 m sind. Diese den Waldpygmäen am oberen Kongo verwandten Zwerge leben noch auf der Stufe der Steinzeitmenschen. Auf ihrem kleinen Gebiet treiben sie in primitivster Form Ackerbau, leben aber in der Hauptsache nur von der Jagd. Es sind friedliche Menschen, die ein wohlgeordnetes Familienleben führen und dadurch den vollständigen Gegensatz zu den Papuas des Küstlandes bilden, die den Fremden feindlich gesinnt sind und als Kopfgänger einen bösen Ruf genießen.

## Wenn man Lotterie spielt

### Das große Los gewonnen, aber es vorher verkauft

Wie die „N. Z.“ meldet, hatte ein Dessauer Profurist vor Wochen bei einem Bernburger Kollekteur alle Achtel-Lose der Nummer 359 651 der Preußischen Klassen-Lotterie gekauft. Da er plötzlich eine kleine Rechnung zu zahlen, aber nicht ausreichend bares Geld zur Verfügung hatte, stieß er die acht Achtel-Lose in aller Eile an seine besten Freunde ab. Drei Tage später mußte er erfahren, daß er das ganze große Los gehabt hatte. Die Gewinner haben beschlossen, dem Unglückseligen zum Dank für seine glückliche Hand einen beträchtlichen Teil ihres Geldes zu schenken.

## Nicht die „Sieben Schwaben“

fordern



## Unterschriften des Kelloggpatentes

im Bilde von links nach rechts: für Deutschland Außenminister Dr. Stresemann, für die Vereinigten Staaten Staatssekretär Kellogg, für England Lord Curzon, für Italien der italienische Botschafter in Paris Graf Marconi, für Frankreich Außenminister Briand, für Polen Außenminister Jalecki, für die Tschechoslowakei Außenminister Dr. Beneš.

# Aus Schlesien

## Der Amtschimmel und die Görlitzer Karpfen

Im deutsch-jugoslawischen Handelsvertrag ist der sonst blühendste Exportartikel für Futtermais beschränkt, hat mit 22 Markt nur mit 25 Markt Zoll belegt, und es ist daher natürlich, daß ein Karpfenzüchter, der aus jugoslawischen Futtermais für seine Karpfen züchtet, nur den niedrigen Futtermais Zoll entrichten wollte. Das Görlitzer Zollamt aber lehnte dies ab und begründete seine Ablehnung kolonialistisch mit der bemerkenswerten Feststellung, daß „Karpfen kein Vieh“ seien. Auch das Landesfinanzamt Breslau stellte sich auf eine Beschränkung hin auf den gleichen Standpunkt und erwiderte, daß die Zollermäßigung für diese Getreideart nur bei deren Verwendung zur Viehfütterung zu gewähren ist. Mais daher, der zur Verfüllung an Vieh bestimmt sei, für eine solche Ermäßigung nicht in Betracht kommen könne. Die Bezugsfirma gab aber nicht nach und wandte sich an das Reichsfinanzministerium, das aber der Auffassung des Landesfinanzamtes zustimmte und die Beschränkung mit den Worten ablehnte: „Der Präsident des Landesfinanzamtes hat in seinem Bescheid mit vollkommen zureichender Begründung ausgeführt, daß Fische nicht als Vieh anzusehen sind.“

So hat sich der gute, alte Amtschimmel, der den Zollstoff ganz besonders liebt, schon lange nicht mehr vergaloppiert. Nicht der Sinn einer Bestimmung, die natürlich zwischen dem der menschlichen Ernährung dienenden Mais und dem Futtermais unterscheiden wollte, sondern die „leuchtende“ Erkenntnis, daß Karpfen kein Vieh sind, führt hier zu einer Praxis, die lediglich dem amtlichen, nicht dem gewöhnlichen Menschenverstand zugänglich ist.

## Gegen den Panzerkreuzer

### Eine Entschließung des Ortsvereins Friede

Die Mitgliederversammlung des Ortsvereins Friede der SPD vom Montag nahm nach lebhafter Debatte einstimmig folgende Entschließung in der Panzerkreuzerfrage an:

„Die am 20. August 1928 in Friede außerordentlich stark besuchte Mitgliederversammlung der SPD, mitbilligt auf das entschiedenste die Haltung der sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung in der Panzerkreuzerfrage. Sie verlangt, daß von diesen Genossen die entsprechenden politischen und innerparteilichen Konsequenzen gezogen werden.“

Der Beschluß und die Haltung des „Vorwärts“ hat die Partei gegenüber den deutschen Wählern und der Internationalen in eine fast untragbare Situation gebracht. Die Entschiedenheit des Parteiausschusses und der Reichstagsfraktion vom 15. August kann unmöglich als eine befriedigende Lösung der Frage, die im letzten Wahlkampf eine sehr entscheidende Rolle gespielt hat, betrachtet werden.

Eine endgültige Regelung dieser Angelegenheit muß einem baldigst einzuberufenden außerordentlichen Parteitag vorbehalten bleiben.

Vom Parteivorstand wird die beschleunigte Einberufung einer Bezirkskonferenz gefordert.“

## Eine Bezirkskonferenz

des Bezirks Mittelschlesien der SPD, wird am kommenden Sonntag zu den politischen Ereignissen der letzten Zeit Stellung nehmen. Das Referat hält voraussichtlich Genosse Löbe. Alle Kreisvorsitzende, Parteifunktionäre und Mitglieder des Bezirksvorstandes müssen anwesend sein.

## Bezirksversammlung des Landgemeindevorstandes

Der Landgemeindevorstand Niederschlesien E. B. hält am Sonnabend, den 1. September in Bad Mitterteich im Hotel „Hohenzollern“ eine Bezirksversammlung für seine Kreisabteilungen Frankenstein, Glag, Habelschwerdt, Müllersberg, Neurade, Rimplitz, Reichenbach, Schweidnitz und Waldenburg ab. Es werden sprechen Ministerialrat z. D. Schellen vom Deutschen Landgemeindevorstand-Berlin über „die Auseinandersetzung zwischen Gemeinden und Kreisbezirken“ anlässlich der Auflösung der letzteren“ sowie über „die Aufwandsentschädigung der ehrenamtlichen Gemeindevorstände und ihre Steuerpflicht“, Pokrat Florin, Oberpostdirektion Breslau über „die Neuregelung der Postbeiträge auf dem Lande“ und Geschäftsführer Dohr-Breslau über „die Tätigkeit des Landgemeindevorstandes Niederschlesien“.

## Tropentoller im heißen Sommer

### Die siebenmal verfluchten Polen

Herrn Pgr., dem Militärminister des Liegnitzer Tageblatts, ist nach seinem eigenen Gehändnis ein Militärmaschinentenzer im Schützenhaus am vergangenen Donnerstag ins Blut und in die Musteln gegangen. Das gab ihm Antriebs und Mut. Der Antriebs ist bis zum Kopfe gelangt zu sein, so daß er seinen Bericht folgendermaßen einleitet:

„Der Deutsche begeistert sich nach wie vor für seine Soldaten. Der Scheid unserer allzu kleinen Truppe imponiert immer wieder, und wer so nebenbei an das siebenmal verfluchte Polen denkt, dankt Gott, daß wir wenigstens noch leben.“

Es ist doch merkwürdig, daß Leute, die im Kriege sich alle Mühe geben, in die Heimat zurückzukehren zu werden, sich so hart für den Militarismus begeistern. Was würde Herr Pgr., aber sagen, wenn ein polnisches Blatt in diesem Ton von Deutschland schreiben würde?

## Wüste Beschimpfungen gegen die Republik

Zu der unter diesem Titel gebrachten Meldung von dem unerhörten Auftritten des Strafanwalts-Oberwachmeister Borde in Görlitz teilt uns die republikanische Feldwache mit, daß sie sofort den Generalstaatsanwalt in Breslau gebeten hat, den Oberstaatsanwalt in Görlitz anzumelden, Berufung einzulegen. Außerdem hat die Feldwache den Oberlandesgerichtspräsidenten in Breslau ersucht, das Disziplinarverfahren gegen diesen „republikanischen“ Beamten einzuleiten.“

**Mittelsch.** Die Unterbringung bei der Krankenkasse. Zu unserer Meldung über die Unterbringungen bei der hiesigen Krankenkasse wird uns ergänzend berichtet, daß der 21-jährige Kohlenarbeiter Kurt Heider sich durch seinen Lebenswandel seit längerer Zeit verächtlich machte. Als er vor einigen Tagen, von einem Gelage aus Karbitz kommend, mit dem Motorrade fuhr, wobei er einen Sturz erlitt, der seinen baldigen Tod zur Folge hatte, kam man den Verurteilungen durch eine Revision auf die Spur. Die Ermittlungen ergaben, daß Heider allein in den letzten vier Wochen 3000-4000 Mark unterzahlt hat und ferner schon seit viel längerer Zeit Gelder veruntreut, was er jedoch in den Büchern so geistig zu verwickeln verstand, daß die Betrügereien nie bemerkt wurden.

**Westsch.** Kreis Ohlau. Mitgliederversammlung der SPD. Der Einladung des Vorstands waren alle interessierten Genossen Folge geleistet, jedoch die Teilnahme von einigen Frauen unregelmäßig. Zu Beginn der Versammlung gab der Kassierer den Kassenbericht, der ohne besondere Ereignisse zum Kenntnis genommen und erledigt wird. Es wird bezüglich

besteht, regeln in der Mitgliederwerbung zu sein, um die Mitgliederzahl in jeder Hinsicht zu erhöhen. Die Liste der noch fehlenden Namen. Der Vorsitzende weist dann auf die Gemeindevorwahl hin, zu der der Vorstand die Vorbereitungen trifft. Bei dieser Gelegenheit kam auch allerhand Ergötzliches aus dem Gemeindevorstand zur Sprache, lebensreiche Selbstkritik der drei Parteivertreter eingeschlossen. Am 2. September nimmt die Ortsgruppe an der 21. jährigen Veranstaltung teil. Abmarsch erfolgt am 12. Uhr vom Bahnhofsbereich. Dort mögen sich recht zahlreich alle Teilnehmer pünktlich einstellen. Die Ergänzung der Parteifahrt zu diesem Zweck wurde aus Sparlichkeit auf bessere Tage (der Kasse) verschoben. Genosse P. Mehnert tritt die Verantwortlichkeit wegen des hohen Preises Arbeit, das er zu bewältigen hat, an Genossen Langer ab. Es soll nunmehr einzig in „Vollwacht“ und „Vollzeitung“ beachtet werden, da beide Blätter gleich geliehen werden. Der von unseren Ministergelehrten mit genehmigter Panzerkreuzer fand auch in diesem kleinen Kreise keinen Widerhall. Es läßt sich nicht leugnen, daß unsere Parteiarbeit auf dem Lande damit einen schweren Schlag erhält. Wir legen indessen voraus, daß die Parteileitung in obenerwähnter Weise, gemeinsam mit Reichstagsfraktion und Ministern, den rechten Weg zu finden weiß. Diese Stellungnahme soll bei der Verteilung weitergegeben werden. Am 26. August, 14 Uhr, in die kommunalpolitische Konferenz, zu der alle Interessierten erscheinen müssen. Genosse Hoffmann-Feistewitz referiert. Damit schloß die Versammlung.

**Strehlen.** Ein raddistischer Motorradfahrer fuhr am Montag ohne Kennzeichen eine Arbeiterfrau über den Haufen, die schwer verletzt zusammenbrach.

**Hilfsberg.** Unachtsam bei Konsumvereinsfest. Als ein zweijähriges Kind von der Feier des 25-jährigen Jubiläums des Konsumvereins heimkehrte, brach er plötzlich zusammen. Mehrere Kinder kürzten auf das Pflaster und wurden zum Teil schwer verletzt.

**Bunzlau.** Tod am Grabe. Bei einer Beerdigung wurde die Wäldermeistersfrau Schmidt plötzlich von Herzkrämpfen befallen. Kurz nachdem sie nach Hause gebracht worden war, trat der Tod ein.

**Kaliber.** Ober-schlesische Naturschutz-Tagung. Freitag, den 24. August, findet nachmittags 17 Uhr in Kaliber die Gründung der 1. Ober-schlesischen Naturschutz-Tagung und -Ausstellung statt.

**Königsberg.** Durch Unvorsichtigkeit in den Tod. Die Frau des Kraftwagenführers Wendel wollte die im Führerhaus eingestiegenen Varnen vertilgen und reinigte deshalb die Stellung mit Benzol. Als sie kurze Zeit darauf den Stall nochmals mit einer brennenden Laterne besprach, entzündeten sich die Benzoldämpfe und hielten die Frau in Flammen ein. Ihre Kleider zündeten Feuer, jedoch die schwere Brandwunden erlitten, an deren Folgen sie in einem Breslauer Krankenhaus am nächsten Tage starb.

**Wettin.** Anständiges Schmuggeln Dynamit. Polnische Grenzbeamte hielten Montag Nacht bei Wettin eine Gruppe von Schmugglern an, bei denen ein größeres Quantum Dynamit beschlagnahmt werden konnte. Der Anführer der festgenommenen Schmuggler ist ein Oberpostdirektion aus Radziszew, Vorgesetzter der dortigen Gruppe des Aufständischenverbandes.

# Aus der Umgebung

## Carlowitzer Saalfest der Arbeiter-Radfahrer

Sonnabend, den 25. August, veranstaltete der Arbeiter-Radfahrer-Verein Carlowitz im neuen großen Saale des Lindenhofes sein Saalfest. Um einem großen Publikum das Beste aus diesem Gebiet zu zeigen, hat der Verein seine Mühen und Kräfte aufgewandt. Es hat an diesem Abend um 9 Uhr ab ein Programm zur Abhaltung gelangen, das unserer Organisation würdig ist. Dem Schlußreden der Anrede bis zur hohen Schule auf dem Jumbo, Eins- und Geister hat die Kunst zur Schau gebracht werden. Das letztere auch zur Wirklichkeit wird, dürfte wohl der Name „Schieritz, Dresden“, unter Weltmeister der ersten Arbeiter-Dampfräder 1925.

Der Eintrittspreis von 30 Pf. ist so niedrig als irgend möglich gehalten worden. Darum alles auf im Norden von Mi- und Neu-Breslau am Sonnabend nach Carlowitz zum Arbeiter-Radfahrer-Saalfest.

**Carlowitz-Schottwitz.** Aus der Partei. Am Sonnabend, den 25. August, fand unsere Mitgliederversammlung statt. Nach einem Referat der Genossen K. K. K. befaßte sich die Versammlung mit der Zustimmung unserer Genossen in der Regierung zum Bau des Panzerkreuzers. Nach reichlicher Diskussion wurde eine Resolution an den Vorstand des Unterbezirks angenommen, welche die sofortige Einberufung einer Unterbezirks-Versammlung fordert. Hierauf beauftragte die Versammlung den Genossen A. A. A., bei den zuständigen Stellen des Magistrats anzufragen, wann der Zugang an der evangelischen Schule nach der Unterführung hergestellt werden wird. Wenn jetzt Regenwetter kommt, ist es den Schulkindern unmöglich, diesen Weg zu passieren. Die Gemeinde Carlowitz hätte entscheiden den Weg schon fertig, denn Sandsteine wären schon angefahren. Gedankt der Magistrat weiterhin, an der Hundsfelder Straße die Kanalisation zu legen, und wie lange sollen die Verhältnisse an der Brücke in den Häusern nach hütchen bleiben? Auch hier hätte die Gemeinde schon Abhilfe geschaffen. Auch das Stadtschloß an den Kasernen zwischen Eisenbahn und Hindenburgstraße wies an wie aus dem 17. Jahrhundert. Unter Punkt Verchiedenes beschloß die Versammlung, den 20. Oktober in Form einer Versammlung zu feiern.

**Breslau-Hundsfeld.** Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Die Feier des Geburtstages der Verfassung begangen wir mit einem Umzuge durch die Stadt, bei dem Kamerad K. K. K. auf dem Ringe eine Ansprache hielt, die in einem beifolgenden Heft auf die Republik auslief. Die Beteiligung der Kameraden ist nichts zu wünschen übrig, da an dem Zuge über hundert Mann teilgenommen haben, während der hiesige Stadtrat aus drei oder vier Mann zusammengesetzt sein soll. Vielleicht gerade deswegen wurde am Festtagstage, abends gegen 19 Uhr, eine Schaar von etwa 200 Mann, aber besser gesagt von 200 halberwachsenden des Stadtrates aus Breslau unter dem Vorort, wobei sie von etwa einem guten Drittel ihrer Zahl durch Schutzpolizisten auf Autos und zu Pferde geleitet wurden. Die Stadtleitung wollte offenbar ihre Jugend vor der Anziehung durch republikanisches Gift schützen.

Der Ortsverein Hundsfeld des Reichsbanners feiert am Sonnabend, den 1. September, abends 7 Uhr, sein viertes Stiftungsfest im großen Saale des „Gelben Löwen“. Wir hoffen auf zahlreiches Besuchen durch die Kameraden der benachbarten Ortsgruppen.

**Breslau-Schötenitz.** Gegen den Panzerkreuzer. Der Ortsverein Schötenitz der SPD befaßte sich am vergangenen Sonnabend mit der Panzerkreuzerfrage. In der lebhaften Diskussion nach einem Referat des Genossen K. K. K. wurde einstimmig der Beschluß der sozialdemokratischen Minier genehmigt und es dem unbedingten Ergebnis der bisherigen Regierungsbekämpfung Stellung genommen. Anschließend beschloß die Versammlung mit der Zusammenziehung der Deputierten, bei denen die SPD. beschäftigt wurde.

**Breslau-Schötenitz.** Gegen den Panzerkreuzer. Der Ortsverein Schötenitz der SPD befaßte sich am vergangenen Sonnabend mit der Panzerkreuzerfrage. In der lebhaften Diskussion nach einem Referat des Genossen K. K. K. wurde einstimmig der Beschluß der sozialdemokratischen Minier genehmigt und es dem unbedingten Ergebnis der bisherigen Regierungsbekämpfung Stellung genommen. Anschließend beschloß die Versammlung mit der Zusammenziehung der Deputierten, bei denen die SPD. beschäftigt wurde.

**Breslau-Schötenitz.** Gegen den Panzerkreuzer. Der Ortsverein Schötenitz der SPD befaßte sich am vergangenen Sonnabend mit der Panzerkreuzerfrage. In der lebhaften Diskussion nach einem Referat des Genossen K. K. K. wurde einstimmig der Beschluß der sozialdemokratischen Minier genehmigt und es dem unbedingten Ergebnis der bisherigen Regierungsbekämpfung Stellung genommen. Anschließend beschloß die Versammlung mit der Zusammenziehung der Deputierten, bei denen die SPD. beschäftigt wurde.

**Breslau-Schötenitz.** Gegen den Panzerkreuzer. Der Ortsverein Schötenitz der SPD befaßte sich am vergangenen Sonnabend mit der Panzerkreuzerfrage. In der lebhaften Diskussion nach einem Referat des Genossen K. K. K. wurde einstimmig der Beschluß der sozialdemokratischen Minier genehmigt und es dem unbedingten Ergebnis der bisherigen Regierungsbekämpfung Stellung genommen. Anschließend beschloß die Versammlung mit der Zusammenziehung der Deputierten, bei denen die SPD. beschäftigt wurde.

**Breslau-Schötenitz.** Gegen den Panzerkreuzer. Der Ortsverein Schötenitz der SPD befaßte sich am vergangenen Sonnabend mit der Panzerkreuzerfrage. In der lebhaften Diskussion nach einem Referat des Genossen K. K. K. wurde einstimmig der Beschluß der sozialdemokratischen Minier genehmigt und es dem unbedingten Ergebnis der bisherigen Regierungsbekämpfung Stellung genommen. Anschließend beschloß die Versammlung mit der Zusammenziehung der Deputierten, bei denen die SPD. beschäftigt wurde.

# Arbeits Neumarkt

**Neumarkt.** Ortsausflug des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Zu der hiesigen Ortsausflug-Exkursion am Sonnabend, den 18. August, waren alle dem Ortsausflug angeschlossenen Gewerkschaften mit mehreren Vertretern erschienen. Nach Eröffnung und Vorlesung des letzten Protokolls wurde noch einmal eingehend das Gewerkschaftsprotokoll besprochen. Eingeleitet wird das Festprogramm am 1. September, mit Ausfahrt; die großen Festreden werden vom Reichsbanner getragen. Adressen für Kinder sind schon fest im Konsum zu haben. Die Kapelle des „Sozialistischen Kamerades Breslau“ erscheint Sonnabend abends 8,45 Uhr. Abholung vom Schlachthof. Der Zug markiert: Löwen, Bahnhofstraße — Konradstraße — Schloßstraße — Ring (Westhof — Hähnchen) — Breslauer Straße — Bischofstraße — Jumbustrasse — Liegnitzer Straße — Ring (am das Rathaus) — Bahnhofstraße — Löwen. Sonntag früh 6,30 Uhr: Weiden, 11—12 Uhr: Marktplatz, 2 Uhr: Anreden zum Umzuge, auf dem Untergrund (Friedrichs-Redner: Gauzeiter Kollege Ernst Koblitz-Breslau, 4 Uhr großes Instrumentalkonzert. Die Marschrichtung zum Festzuge ist die gleiche wie die des Festzuges, nur daß der Weg Breslauer Straße wegfällt. Die Reihenfolge des Zuges ist: 1. Kapelle, 2. Kinder, 3. Kapelle, 4. Fahne und Vorstand, 5. Landarbeiter, 6. Buchdrucker, 7. Zigarrenarbeiter, 8. Lederarbeiter, 9. Zentralverband der Angestellten, 10. Fabrikarbeiter, 11. Zimmerer, 12. Metallarbeiter, 13. Bauarbeiter, 14. Verkehrsband, 15. Holzarbeiter. Die auswärtigen Vereine und Kapellen werden auf dem Zug verteilt, ebenso der Festwagen. Es ist rasam, wenn die Funktionäre schon vorher Einlasskarten (30 Pfg.) verteilen. Am Tage selbst muß auch der letzte mit einem Abzeichen versehen sein. Abzeichen sind bei Kollegen Bartsch, Junkerstraße, zu haben. Gewünscht wird weiterhin, daß Girlarden auf jeder Straße gezogen werden. — Die Abrechnung vom 2. Quartale erhaltene Kollege Bartsch. Einstimmig wurde ihm Entlassung erteilt. Unter Berücksichtigung wurde von Seiten des 2. Vorsitzenden, Kollegen Schmidt, auf das Schrebergarten-Kinderfest hingewiesen. Hoffmanns „Rote Sänger“ erschienen am Sonntag, den 7. Oktober. Nach der Behandlung verschiedener interner Angelegenheiten wurde die Sitzung geschlossen.

**Mittelsch.** Vom Zentralverband der Arbeiter in Schlesien. Am letzten Sonntag hielt die hiesige Ortsgruppe ihre Monatsversammlung ab, die einen guten Besuch aufzuweisen hatte. Der Vorsitzende, Kollege Förster, gab den Bericht von der Breslauer Bezirkskonferenz. Als Referent war Kollege Hauehler-Neumarkt erschienen, der über das Thema „Die letzte Rentenerhöhung und ihre Auswirkung“ sprach. Am Schluß seiner Ausführungen ermahnte er die Kollegen, fest zur Organisation zu halten und neue Mitglieder zu werben, damit der Verband im wirtschaftlichen Kampfe mit an führender Stelle gelautet. Beschlossen wurde ferner noch, daß jeden Sonntag nach dem 15. die Monatsversammlung abzuhalten ist.

**SPD., Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt**  
(Hier finden lediglich Mitteilungen Aufnahme, die der Redaktion über das Sekretariat des Unterbezirks Breslau-Land zugehen.)

**Carlowitz-Schottwitz.** Alle Parteigenossen beteiligen sich Sonnabend, den 25. August, an dem Arbeiter-Saalfest im „Lindenhof“ des Arbeiter-Radfahrervereins „Hand in Hand“ Schottwitz. Eintritt 50 Pf.

**Hundsfeld.** Sonnabend, den 25. August: Wichtige Mitgliederversammlung. Referent: Stadtverordneter Genosse F. Pietlich.

**Schötenitz.** Unsere Mitgliederversammlung findet Freitag, den 24. August, abends 8 Uhr, im Lokal von Pöhlold statt. Als Redner erscheint Genosse Schiffer.

## Breslauer Produktenbörse vom 22. August.

Amliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 22. August 1928 gehaltenen Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur für Kaufschließen gültig der Erzeugerpreis ab Erzeugerstation) handelsüblich in vollen Wagenladungen. — Tendenz: Getreide: Steig. Sommergerste zur Zeit ohne Käufer, Preise daher nomimal. — Weizen: Ruhig.

Getreide:	Tägliche amtliche Notierungen (100 kg)			
	22. 8.		21. 8.	
	alte Ernte	neue Ernte	alte Ernte	neue Ernte
Weizen 74 kg Eff. G. min. p. hl.	—	22,50	—	22,50
Roggen 71 kg	—	22,00	—	22,00
Safer *	25,00	19,50	25,00	19,50
Branger *	—	25,00	—	25,00
Wangert *	—	23,00	—	23,00
Wintergerste *	—	21,00	—	21,00

Getreide:	Tägliche amtliche Notierungen (100 kg)			
	22. 8.		21. 8.	
	alte Ernte	neue Ernte	alte Ernte	neue Ernte
Weizenmehl . . . . .	33,50	33,50	33,50	33,50
Roggenmehl . . . . .	33,00	33,00	33,00	33,00
Auszugmehl . . . . .	39,75	39,75	39,75	39,75

Die Preise verstehen sich bei Weizen- und Roggenmehl für Type 70 Fein, feinere Sorten werden höher bezahlt.

## Amlicher Bericht des Breslauer Schlachtviehmarktes.

Hauptmarkt am 22. August 1928.  
Der Auftrieb betrug: 1191 Rinder, 1243 Kühe, 509 Schafe, 3594 Schweine, bez. Bestand vom vorigen Markte waren: 49 Rinder, — Kalber, 34 Schafe, 23 Schweine.

Mittig Gesamtauftrieb: 1243 Rinder, 1243 Kühe, 543 Schafe, 3620 Schweine, es wurde gezüchtet für 50 Millionen Lebergewicht bez. 1. Rinder.

A. Rinder: 98  
a) vollfleischige, ausgewählte höchsten Schlachtwerts  
b) sonst vollfleischige 1. jüngere  
c) 2. ältere  
d) gering genährte

B. Rinder: 484 Stück  
a) jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwerts  
b) sonstige vollfleischige oder ausgewählte  
c) fleischige  
d) gering genährte

C. Rinder: 465 Stück  
a) jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwerts  
b) sonstige vollfleischige oder ausgewählte  
c) fleischige  
d) gering genährte

D. Rinder (Kalbinnen): 158 Stück  
a) vollfleischige, ausgewählte höchsten Schlachtwerts  
b) sonst fleischige  
c) fleischige

E. Rinder: 38 Stück  
Wichtig genährtes Jungvieh

II. Kalber: 1219 Stück  
a) Doppelt besser Kalb  
b) Beste Kalb- und Saugfäher  
c) Mittlere Kalb- und Saugfäher  
d) Geringere Kalber

III. Schafe: 543 Stück  
a) Kalblämmer und jüngere Kaphämmer: 1. Kaphämmer  
b) Mittlere Kaphämmer, ältere Kaphämmer und gut genährte Schafe  
c) Fleischige Schafstg  
d) Strohgenährtes Schafstg

IV. Schweine: 3620 Stück  
a) Schlachtwerte über 150 kg (3 Reiner) Leberabgewicht  
b) vollfleischige Schweine von ca. 240-300 Pf. Lebendgem.  
c) 1.  
d) 2.  
e) fleischige  
f) 120-150  
g) unter 120 Pfund Lebendgewicht

Die Preise sind in Reichsmark zu verstehen, bezogen auf 100 kg Lebendgewicht, wobei der natürliche Fleischverlust ein, wofür alle weiteren Zuschläge zu verstehen sind.  
Geöffnet: In Schafen gut, sonst langsam.